

Die Praxis der 'operativen Arbeitsgruppeneinsätze' der DDR-Volkskammer: Ergebnisse einer retrospektiven Befragung von Abgeordneten

Elsner, Steffen H.

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Elsner, S. H. (1999). Die Praxis der 'operativen Arbeitsgruppeneinsätze' der DDR-Volkskammer: Ergebnisse einer retrospektiven Befragung von Abgeordneten. *Historical Social Research*, 24(4), 29-69. <https://doi.org/10.12759/hsr.24.1999.4.29-69>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Die Praxis der »operativen Arbeitsgruppeneinsätze« der DDR-Volkskammer: Ergebnisse einer retrospek- tiven Befragung von Abgeordneten

*Steffen H. Elsner**

Abstract: As matters stand the Volkskammer of the GDR was - slangly spoken - a rather keen travelling organisation. Not only that its members - except of the full-time staff - did travel from all over the Republic for their plenary and committee meetings at »Erich's lampshop«, groups of deputies visited - more or less incessantly - within the context of so-called »operative missions« specifically chosen places all over the Republic of the GDR. This »working group missions« formed an often applied method to fulfill the tasks within the activities of the Volkskammer or its committees. It shows a closeness to problems and to life unexpected in that superior socialistic representing corporation of the GDR, which in fact remained »highly anonymous for the citizens« up to the day of the fall of the wall.

Nach Lage der Dinge war die Volkskammer der DDR — salopp gesagt — eine recht reiselustige Veranstaltung. Nicht nur, dass ihre Mitglieder — mit Ausnahme des hauptamtlichen Personals — jeweils eigens zu Plenar- und Ausschusssitzungen in „Erichs Lampenladen“¹ aus allen Teilen der Republik angereist kamen. Überdies steuerten Gruppen von Abgeordneten, mehr oder minder permanent, im Rahmen sog. »operativer Einsätze« je spezifisch ausgewählte Ziele im gesamten Staatsgebiet der DDR an.² Diese »Arbeitsgruppeneinsätze«

* Address all communications to Steffen H. Elsner, Bahnhofstr. 32a. D-94099 Ruhstorf/Rott, Tel. 49 (0)8503 8535, Fax: 49 (0)8503 8575, Email: s.h.e@it-online.de.

1 So wurde der "Palast der Republik" im Volksmund spöttisch genannt. Zunächst war die Volkskammer allerdings (bis 1976) mehr schlecht als recht in der Luisen- bzw. Grotewohlstraße untergebracht.

2 Grundlage hierfür bildeten die sog. Arbeitspläne der Ausschüsse (vgl. § 35 Abs. 1 VKGes(O), in denen u.a. festgelegt war, "zu welchen Themen, an welchen Orten, in welchen staatlichen Organen, Kombinat, Betrieben, Genossenschaften oder Einrichtungen Untersuchungen vorgenommen, Informationen entgegengenommen oder Kontrollen durchgeführt

ze« bildeten eine gängige Arbeitsmethode innerhalb der Tätigkeit der Volkskammer bzw. ihrer Ausschüsse. Sie weisen auf unvermutete Problemnähe und Lebensverbundenheit jener obersten sozialistischen Vertretungskörperschaft der DDR hin, die doch faktisch bis zum Fall der Mauer „für die Bürger hochgradig anonym“³ geblieben ist.

Wie gestaltete sich diese »operative Arbeit« in der Praxis nun wirklich? Welche Funktionen und Aufgaben hatten die vielzähligen Ortstermine der Volkskammerausschüsse tatsächlich? Mit anderen Worten, was stand dahinter, und wie sah die Praxis der Arbeitsgruppeneinsätze im sozialistischen Parlamentarismus in der DDR konkret aus?

Diesen Fragen wird im folgenden auf der Grundlage retrospektiver Interviews mit ehemaligen Mitgliedern der Volkskammer nachgegangen. Es wird deren alltagspraktische Funktionswirklichkeit 'in Normalzeiten' von der Aktionsebene des Abgeordneten her erschlossen. Damit steht – unter den möglichen Analyseperspektiven – hier die konkrete Akteursebene im Vordergrund.

1. Die Volkskammer als Gegenstand der Forschung

Die politikwissenschaftliche DDR-Forschung zeigte bisher ein vergleichsweise eingeschränktes Interesse, sich mit dem nominell »obersten staatlichen Machtorgan der Deutschen Demokratischen Republik« (Art. 48 Abs. 1 Satz 1 DDR-Verfassung) zu beschäftigen.⁴ Einschlägige Publikationen zur Funktionsweise der Volkskammer und zu ihrem Stellenwert im politischen System der DDR liegen nur in einem sehr begrenzten Umfang vor.⁵ Generell steht die empirische Forschung hier – ungeachtet der neuen Forschungsmöglichkeiten nach der

werden, wer sie leitet und daran teilnimmt und wie die Ergebnisse auszuwerten sind.", Kelle / Reimann 1989: S. 92f.

³ Heuer / Riege 1992: S. 179.

⁴ Zur Erklärung heißt es bei Lapp: "Das relative Desinteresse an politikwissenschaftlichen Arbeiten über den DDR-Staatsapparat (...) mag zuerst daran liegen, daß in der Verfassungswirklichkeit der DDR die Partei die entscheidende Rolle spielt. Der Staatsapparat ist mehr oder weniger nur ihr Instrumentarium zur Durchsetzung ihrer Forderungen in bezug auf die Gesamtgesellschaft. Aus diesem Grunde erscheint die Beschäftigung mit dem zentralen ‚decision-maker‘ wichtiger und ergiebiger.", so Lapp 1972: S. 12 für die westdeutsche DDR-Forschung.

⁵ An dieser Stelle seien exemplarisch genannt: a) für die westliche Politikwissenschaft: Feddersen 1965, Jesse 1989, Lammich 1977, Lapp 1975 und 1990, Mampel 1982, Neugebauer 1974 und 1985, Oberreuter 1980, Richert 1959/63, Roggemann 1974, Schindler 1994, Schneider 1975; b) aus dem Bereich des ostdeutschen Schrifttums: Poppe 1959, Kelle / Riemann 1989, Klöhn 1981, Semler 1970, Thuan 1990. Bei den nach dem Fall der Mauer erschienenen Beiträgen zur letzten Volkskammer der DDR stehen oftmals Probleme des Transformationsprozesses und des politischen Elitenwandels im Mittelpunkt: vgl. hierzu etwa Herles 1990, Herzog, Rebenstorf / Weßels 1993, Heuer / Riege 1992, Müller-Enbergs 1991, Segert 1991 und 1992, Thaysen i Kloth 1992.

deutschen Einheit – auf einem noch wenig erschlossenen Feld. Eo ipso gilt dies auch für die Ausschüsse der DDR-Volkskammer. Jesses Einschätzung, wonach „die Literaturlage zu den Ausschüssen und zur Arbeit in der Praxis ... nicht sonderlich erhellend⁶ ist, kann nach wie vor Gültigkeit beanspruchen.

Das mag nicht zuletzt auch darauf zurückzuführen sein, dass die mit dem Zusammenbruch der DDR gegebene Chance bislang weitestgehend ungenutzt blieb, diese Probleme aus der Perspektive von Insidern und betroffenen Akteuren zu betrachten.⁷ Genau das ist der materiale Ansatz des vorliegenden Beitrags, der im Kontext einer umfassenden politikwissenschaftlichen Untersuchung der Rolle der Volkskammer und ihrer Abgeordneten im politischen System der DDR zu sehen ist.⁸

Die Innenperspektive sozialistischer Vertretungskörperschaften erhellende Auskünfte von Insidern sind nicht eben zahlreich, zumal der Typ des »sozialistischen Abgeordneten im Ehrenamt« mit den ersten freien Volkskammerwahlen vom März 1990 zu existieren aufgehört hatte⁹ und damit auch wenig Nachfragebedarf vorhanden schien. Ungeachtet ihrer Staatsnähe ist die kundige Sichtweise jener alltagspraktischen Experten eine Informationsquelle von zentraler Bedeutung, zumal nur auf diese Weise die informelle Alltagspraxis hinter dem dokumentarisch fixierten ausfindig gemacht werden kann. Befragungen von Zeitzeugen eröffnen den Zugang zur abgeschlossenen Periode eines „mi-

⁶ Jesse 1989: S. 1838 (Fn. 66).

⁷ In merkwürdigem Kontrast zur Bedeutsamkeit, die der Akteursperspektive für die politikwissenschaftliche Analyse der konkreten Alltagspraxis im realsozialistischen Parlamentarismus der DDR zukommt, steht die Vernachlässigung von deren empirischer Erforschung und Dokumentation. Darauf ist bereits an anderer Stelle hingewiesen worden: Vgl. hierzu Elsner 1999a: S. 52.

⁸ Bei dieser - vom »Teilprojekt K« im Rahmen des interdisziplinären DFG-geförderten »Sonderforschungsbereichs 537 Institutionalität und Geschichtlichkeit« an der Technischen Universität Dresden durchgeführten -- politikwissenschaftlichen Primärforschung mit originärer Datenerhebung (retrospektive 'Zeitzeugenbefragung') zum sozialistischen Parlamentarismus soll im einzelnen ermittelt werden, welche Rolle die Volkskammer instrumentell wie symbolisch im politischen System der DDR spielte; welche konkreten manifesten und latenten Funktionen sie und ihre Abgeordneten erfüllten; und wie jene Wirklichkeit eines sozialistischen Parlamentarismus mit dessen ideologischen Leitideen vermittelt wurde. Der zeitliche Schwerpunkt liegt dabei auf den Honecker-Jahren. Vgl. hierzu die Projektbeschreibung des »Teilprojekts K ‚Instrumentelle und symbolische Funktionen von Repräsentationsinstitutionen‘«, Patzelt 1997: S. 127-138. Dazu wurden im Zeitraum zwischen Oktober 1997 und Mai 1999 insgesamt 55 ehemalige Abgeordnete und Mitarbeiter der DDR-Volkskammer von Dr. Roland Schirmer u.a. zur - Tätigkeit von Arbeitsgruppen im Rahmen der - Ausschußarbeit befragt. Die nachfolgend präsentierten Interviewauszüge entstammen sämtlich den entsprechenden Interviewtranskripten.

⁹ Vgl. hierzu Heuer / Riege 1992, S. 178: „Für die Abgeordneten aller Stufen, und damit also auch für die Mitglieder der Volkskammer, galt [in der DDR] die Ehrenamtlichkeit als Grundsatz. Damit wurde im Frühjahr 1990 sofort gebrochen. Das Volkskammermandat wurde zum full-time-job. Das kam einem Paradigmawechsel gleich.“ Zum „gesellschaftspolitischen Ehrenamt“ als „unverzichtbarem Grundelement der sozialistischen Abgeordnetenfunktion“ vgl. Lammich 1977: S. 87ff. m.w.N.

nimalen Parlamentarismus“¹⁰ am Fall der DDR-Volkskammer. Nachträglich lassen sich dergestalt wichtiges Wissen und die Erfahrungen von Beteiligten bergen, die zur angemessenen Aufarbeitung des Themas schlechterdings unverzichtbar sind.

Der vorliegende Beitrag ermöglicht eine Annäherung an die alltagspolitische Praxis des sozialistischen Abgeordneten aus der Perspektive von Akteuren der unmittelbaren Zeitgeschichte. Dazu wurden ausgewählte, subjektiv eingefärbte, aber insgesamt den Blick hinter die Kulissen des offiziellen Selbstverständnisses der DDR und ihrer zentralen politischen Institutionen ermöglichende Erfahrungsausschnitte ehemals systemloyaler Akteure zusammengestellt. Sie berühren insbesondere die Honecker-Jahre und betreffen schwerpunktmäßig einen spezifischen Teilaspekt des sozialistischen Parlamentarismus. Dem methodischen Ansatz der ‘oral history’¹¹ folgend, werden die konkreten Umstände und die praktisch-politische Bedeutung der operativen Arbeit der Volkskammerausschüsse aus der authentischen Insiderperspektive erkundet und ausgeleuchtet.¹² Es wird also nicht über die Parlamentspraxis von (ehemaligen) Akteuren geschrieben, sondern sie selbst kommen hier zu Wort. Schließlich sind sie es, die am besten über - die Bedeutung der operativen Arbeit für - ihren politischen Alltag aus erster Hand berichten können.

2. Das Problem der Arbeitsgruppen

Weder die »Arbeitsgruppen« noch die »operativen Einsätze« der Volkskammerausschüsse finden in der Verfassung der DDR ausdrückliche Erwähnung. Nach Artikel 61 Abs. 1 der DDR-Verfassung von 1968/1974 bildet die Volkskammer aus ihrer Mitte Ausschüsse, denen „in enger Zusammenarbeit mit den Wählern die Beratung von Gesetzentwürfen und die ständige Kontrolle der Durchführung der Gesetze“ obliegt. Paragraph 35 Abs. 3 der Geschäftsordnung der Volkskammer eröffnet den Ausschüssen dann allerdings die Möglichkeit, „zur Erfüllung ihrer Aufgaben Arbeitsgruppen bilden“¹³ zu können. Wie es im »Handbuch für den Abgeordneten« heißt, wird davon auch „in vielen Fällen“ Gebrauch gemacht.¹⁴ Darüber hinaus erfährt der außenstehende Beobachter —

¹⁰ Vgl. hierzu den Ansatz von Polsby 1975 zu „minimal legislatures“.

¹¹ Vgl. hierzu etwa Niethammer 1980, Perks 1990, Thompson 1988.

¹² Die einschlägigen Aussagen der interviewten ehemaligen Mitglieder der DDR-Volkskammer sollen für sich selbst sprechen. Insofern werden ihre frei formulierten Antworten im wesentlichen wortgetreu und unkommentiert wiedergegeben. Es wurde lediglich insoweit darauf Einfluß genommen, um den Lesefluss zu verbessern. Klärende Hinweise und Ergänzungen des Verfassers sind durch eckige Klammern, Auslassungen durch runde Klammern und Sprechpausen durch drei Pünktchen kenntlich gemacht.

¹³ Geschäftsordnung der Volkskammer der DDR (VKGesch0). in der Fassung vom 7.10.1974, beschlossen auf der 13. Volkskammertagung am 27.09.1974.

¹⁴ Autorenkollektiv 1984: S. 38.

von offiziellen Pressemeldungen meist über konkrete Einsätze einmal abgesehen¹⁵ - zum Thema Arbeitsgruppen(einsätze) aber recht wenig.

Insofern ist kaum verwunderlich, dass zumal externe Analytiker diesem Problem — sofern denn überhaupt — allenfalls geringe Aufmerksamkeit entgegengebracht haben.¹⁶ Im Rahmen seiner Befassung mit den Ausschüssen der DDR-Volkskammer hält beispielsweise Jesse dazu lakonisch fest, „es besteht die Möglichkeit, dass die Ausschüsse Arbeitsgruppen bilden.“¹⁷ Deren Funktion, so Jesse weiter, liege u.a. darin, „zu überprüfen, wie die Gesetze und die Fünfjahrespläne sich in der Praxis auswirken. Auf diese Weise soll der Maxime von der Volkskammer als arbeitender Körperschaft¹⁸ Rechnung getragen werden.“ Unter Hinweis auf die von Neugebauer angeführten „treffende[n] Beispiele [sic!] für den Einsatz von Arbeitsgruppen“ endet Jesse seine diesbezüglichen Ausführungen mit dem Resümee, „tatsächlich ist die Wirksamkeit der Arbeitsgruppen eng begrenzt.“¹⁹ Und zur Ausschusstätigkeit hält er - unter Hinweis auf Lapp - abschließend fest: „Es ist die Vermutung geäußert worden, die bisher spärlichen Aktivitäten der Ausschüsse könnten zunehmen.“²⁰

¹⁵ Vgl. hierzu beispielsweise die Erfahrungsberichte' zur operativen Arbeit einzelner Volkammerausschüsse, in: Sozialistische Demokratie, B. Jg. (1964), Nr. 28, S. 7 (Rubrik „Aus der Arbeit der Ausschüsse der Volkskammer der DDR“: Namensartikel von Willi Legler: Mit dem Ausschuß Industrie, Bauwesen und Verkehr im Erdölverarbeitungswerk Schwedt und Lehren dieser Tätigkeit): ebd., Nr. 46, S. 4 (unter der Überschrift „13. Sitzung des Staatsrates. Erfahrungen aus der Tätigkeit der Ausschüsse der Volkskammer“ finden sich u.a. entsprechende Namensartikel von Günter Mittag [Vorsitzender des Ausschusses für Industrie, Bauwesen und Verkehr], Anton Plenikowski [Vorsitzender des Verfassungs- und Rechtsausschusses], Stephan Zagrodnik [Vorsitzender des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft] sowie Rudi Kirchner [Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit- und Sozialpolitik]; ebd., 10. Jg. (1966), Nr. 30, S.5 (Tr. Ritter / H. Hering: Sprechstunden richtig nutzen); ebd., 11. Jg. (1967), Nr. 22, S. 12 (Rubrik „Ausschüsse der Volkskammer berichten aus ihrer Arbeit“: Namensartikel von Gerhard Lindner [Vorsitzender des Ausschusses für Eingaben der Bürger]: ebd., 15. Jg. (1971), Nr. 44, S. 2 (Rubrik „Aus der Arbeit der Ausschüsse der Volkskammer der DDR“: Ausschuß für Gesundheitswesen. Ausschuß für Handel und Versorgung).

¹⁶ Feddersen hält hierzu beispielsweise fest: „Unerwarteterweise [wird] die Bedeutung der Ausschüsse wieder stärker in den Vordergrund gestellt ... Es wird von Besuchen der Ausschüsse in Betrieben berichtet und ihre volksnahe Arbeitsweise ... hervorgehoben.“, Feddersen 1965: S. 115 mw.N.

¹⁷ Jesse 1989: S. 1838.

¹⁸ In Anknüpfung an die Marx'schen Ausführungen („Der Bürgerkrieg in Frankreich“) zur Pariser Kommune, bestimmt Lenin in „Staat und Revolution. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution (1917)“ die sozialistischen Volksvertretungen - „neuen Typs“ - als „arbeitende Körperschaften, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit“, und in klarer Frontstellung zu den „Schwatzbuden“ in den kapitalistischen Staaten. Vgl. hierzu etwa Kelle / Riemann 1989: S. 8, 16.

¹⁹ Jesse 1989: S. 1838 (Fn. 68).

²⁰ Ebd.

3. Zum Stellenwert der Ausschußarbeit

Ohne die gewiss sehr verdienstvollen Bemühungen Jesses um die Erforschung der Volkskammer(praxis) in irgendeiner Weise schmälern zu wollen, so bleibt an dieser Stelle doch im unklaren, auf welche Grundlage er seine Einschätzungen stützt. Wie kommt er, so ist zu fragen, beispielsweise zu der Schlussfolgerung, wonach die Wirksamkeit der Arbeitsgruppen „tatsächlich ... eng begrenzt“ sei. Und auf der Basis welcher Daten ist hier von „spärlichen Aktivitäten der Ausschüsse“ zu sprechen, und welche Maßstäbe werden dabei zugrunde gelegt.²¹

Etwa im Vergleich zu den - in mehrfacher Hinsicht - eher kärglichen Tagungsaktivitäten des Volkskammerplenums²² machen sich - wie Tabelle 1 exemplarisch für die 6. Wahlperiode zeigt - jene ihrer Ausschüsse doch nachgerade üppig aus. Gleiches kann, zumindest rein zahlenmäßig, auch für den Bereich der Vorstandssitzungen, der Arbeitsgruppenberatungen sowie der Arbeitsgruppeneinsätze festgestellt werden.

Wie jedoch schon mehrfach völlig zu Recht ausgeführt wurde, ist eine Bewertung der parlamentarischen Tätigkeit allein auf der Grundlage bloßer Zahlenangaben - etwa zur Aktivität von Ausschüssen - keinesfalls unproblematisch.²³ Vielmehr bedürfen diese rein quantitativen Angaben der Ergänzung durch qualitative Befunde zur tatsächlichen Parlaments- bzw. Verfassungspraxis. Dies gilt, um im Thema zu bleiben, schlußendlich für den sozialistischen wie den freien Parlamentarismus in gleicher Weise.

Während das Plenum vor allem in den ersten Jahren der Volkskammer als „wichtigstes Tätigkeitsfeld“ der Abgeordneten eingeschätzt wurde, verlor es im Laufe der Zeit zunehmend an Stellenwert zugunsten der Ausschussarbeit.²⁴ Neugebauer bringt diese Entwicklung im Jahre 1974 auf den Punkt: „Die Volkskammer arbeitet im wesentlichen mit den Ausschüssen und den von diesen gebildeten Arbeitsgruppen.“²⁵

²¹ Es stellt sich hier ein Problem, welches von Lapp in folgende Worte gekleidet wurde: „Die DDR-Forschung ist allgemein immer mit dem objektbedingten Makel des stark Spekulativen behaftet, da dem externen Analytiker der direkte Zugang verwehrt ist. Weite Bereiche der Willensbildung und der Entscheidungsfindung in der DDR entziehen sich der Betrachtung durch den außenstehenden Beobachter.“ so Lapp 1972: S. 13.

²² Vgl. hierzu Jesse 1989: S. 1840 m.w.N.

²³ Vgl. hierzu stellvertretend Lammich 1977: S. 115f.

²⁴ Zu dieser Einschätzung kommt - nicht zuletzt auch aufgrund des Vergleichs mit der „politischen Funktion“ von Fraktionen - Schneider 1975: S. 194f. Vgl. hierzu etwa die rückläufige Tagungshäufigkeit des Volkskammerplenums sowie das „Sinken ihrer gesetzgeberischen Tätigkeit“ (Jesse 1989: S. 1842).

²⁵ Neugebauer 1974: S. 403. So auch Lammich 1977, S. 135: „Angesichts der nur wenige Tage im Jahr dauernden Plenartagungen ist die Aktivität des sozialistischen Parlaments in seinen Ausschüssen konzentriert.“

Tabelle 1: Aus dem "Bericht über die Aktivitäten der Volkskammerausschüsse in der Zeit vom 26. November 1971 bis Juli 1976 (6. Wahlperiode)"²⁶

Ausschuss	Ausschusssitzungen	Arbeitsgruppenberatungen	Arbeitsgruppeneinsätze	Vorstandssitzungen
Auswärtige Angelegenheiten	21	0	0	4
Nationale Verteidigung	8	1	0	2
Verfassung und Recht	32	52	38	36
Industrie, Bauwesen und Verkehr	19	16	55	11
Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft	21	6	31	16
Handel und Versorgung	21	6	35	2
Haushalt und Finanzen	26	8	30	6
Arbeit und Sozialpolitik	29	24	39	13
Gesundheitswesen	26	17	30	33
Volksbildung	21	24	26	18
Kultur	28	0	39	39
Jugendausschuß	25	11	38	7
Eingaben der Bürger	24	1	23	28
Geschäftsordnungsausschuß	3	0	0	1
Mandatsprüfungsausschuß	2	0	0	0
Gesamt	306	166	384	216

Quelle: SFB 537, Teilprojekt K, Volkskammerstudie, Materialsammlung: Interview Nr. 27, Mitarbeiter des Sekretariats der Volkskammer.

²⁶ Neugebauer führt hierzu folgende Angaben an: "1972 wurden mehr als 150 Sitzungen von Ausschüssen bzw. Arbeitsgruppen gemeldet; im ersten Halbjahr 1973 fanden 21 Sitzungen, an denen 14 Ausschüsse beteiligt waren, und 49 Einsätze von Arbeitsgruppen statt.", Neugebauer 1974: S. 407 m.w.N.

²⁷ Die Anzahl der Ausschüsse ist – mit 15 – seit 1963 konstant geblieben.

Diese Einschätzungen erfahren in den Abgeordneteninterviews ihre Bestätigung. Nach übereinstimmender Meinung aller befragten Abgeordneten spielten gerade die Plenartagungen die geringste Rolle innerhalb der parlamentarischen Tätigkeit. Zum Stellenwert der Ausschüsse für die Arbeit in der Volkskammer führen sie beispielsweise aus:²⁶

„Die Ausschubarbeit war mit der produktivste Teil der Volkskammerarbeit, neben der Arbeit mit dem Bürger. Aber was jetzt die Parlamentsarbeit anbetrifft, war es der produktive Teil. Weil in Ausschüssen nicht zum Fenster hinausgeredet wurde, sondern wirkliche Sachprobleme [im Mittelpunkt] standen und dort auch sehr sachlich, kritisch und mit Verstand und Kenntnissen diskutiert wurde.“²⁷

„Wer nicht in einem der Ausschüsse war, der lebte neben der Volkskammer her, der war ja nur zweimal im Jahr zum Plenum da. Und wenn er nicht in irgendeinem Ausschuß war, dann hatte er eigentlich überhaupt keine Beziehung zur Volkskammer.“²⁸

Ohne die Mitarbeit im Ausschuß fehlte dem Abgeordneten „die unmittelbare Verbindung zu den Bürgern, auf die sich ja die Gesetze auswirkten; und zwar [zu jenen Bürgern] außerhalb seines unmittelbaren Tätigkeitsbereichs. Er hatte natürlich die Verbindung in seinem Wohngebiet, in der Stadt, über die Partei in

²⁶ Konkrete Fragen: Welchen Stellenwert besaßen denn überhaupt die Ausschüsse für die Arbeit in der Volkskammer? Welchen Stellenwert hatte eigentlich die Ausschubarbeit für die Tätigkeit der Volkskammer?

²⁷ Interview Nr. 51, Fraktionszugehörigkeit: DBD.

²⁸ Interview Nr. 6, Fraktionszugehörigkeit: KB.

der Stadt, über die Arbeitsstätte. Aber das war lokalisiert auf den unmittelbaren Wahlkreis. Über die Ausschüsse bekam man darüber hinausgehende Einblicke, wie sich das in anderen Regionen und anderen Zusammenhängen abspielt. Das erweiterte natürlich ganz enorm die Sicht. Und umgekehrt auch konnte man mit Erfahrungen dann dort aufwarten.“²⁹

„Für mein Empfinden war das [gemeint ist hier die Ausschubarbeit] die Haupttätigkeit. Alles andere war nicht das, wo die Arbeit stattfand. Die Arbeit fand in den Ausschüssen statt, und natürlich war die Qualität der Arbeit der Ausschüsse unterschiedlich. Es gab welche, die haben sich wirklich enorm engagiert und auch viel bewegt, und da hat es Spaß gemacht. Und es gab auch paar formale Ausschüsse, die nicht so viel bewegen konnten, weil sie natürlich auch irgendwo ein bißchen unbeliebt, ein bißchen unglücklich waren.“³⁰

„Bei meinem sehr negativen Urteil über die Volkskammer muß man die Ausschüsse ein bißchen ausnehmen. In den Ausschüssen wurde schon sehr interessante Arbeit geleistet: Erstens machten diese Ausschüsse eine oft sehr intensive Arbeit vor Ort. Da spielten Elemente tatsächlich eine Rolle, wonach die Volkskammer auch ein Durchführungsorgan war. Da wurde schon an Ort und Stelle untersucht, was aus den Gesetzen der Volkskammer wurde; das weiß ich vom Bildungsausschuß. Da gab's oft sehr kritische Diskussionen und Auseinandersetzungen, etwa auch mit dem Ministerium für Volksbildung. Auch der Minister für Hoch- und Fachschulwesen ist da nicht in den Ausschuß gegangen mit Siegerpose, sondern er hat immer damit rechnen müssen, daß er eins vor den Bug kriegt, und daß ihm kritische Dinge aus der Sicht des Ausschusses, die man an Ort und Stelle erfahren hatte, entgegengehalten werden. Das war eine wichtige Seite, und damit auch [ein Beitrag zur] Kontrolle der Regierung.“³¹

„Wer nicht mehr im praktischen [Berufs-]Leben stand, der hatte auch im Ausschuß nichts zu suchen. Weil die Ausschüsse ja doch eine gewisse praktische operative Arbeit machten, bei der Kontrolle der Gesetze und bei der Überprüfung von bestimmten Dingen, die ein Rentner bzw. Pensionär so nicht mehr mitmachen konnte. Wenn er wollte, konnte er sich anschließen; wenn nicht, ließ er es bleiben. Die Ausschüsse hatten da eine gewisse Bedeutung. Die Hauptarbeit eines Abgeordneten war nicht das Plenum, sondern die Wahlkreisarbeit und die Mitwirkung in den Ausschüssen.“³²

Im letzten Interviewauszug ist explizit von der „operativen Arbeit“ der Ausschüsse die Rede. Wie stand es aus Sicht der ehemaligen Abgeordneten nun eigentlich damit?

²⁹ Interview Nr. 48, Fraktionszugehörigkeit: NDPD.

³⁰ Interview Nr. 34, Fraktionszugehörigkeit: FDJ/SED.

³¹ Interview Nr. 41, Fraktionszugehörigkeit: KB.

³² Interview Nr. 38, Fraktionszugehörigkeit: FDGB.

4. Die operative Arbeit der Volkskammer in der retrospektiven Sicht ehemaliger Akteure

Nach formellem Verfassungsrecht oblag es der Volkskammer, „in ihrer Tätigkeit den Grundsatz der Einheit von Beschlussfassung und Durchführung“ zu verwirklichen (Art. 48 Abs. 2 Satz 3 DDR-Verfassung). Aufgaben und Tätigkeit der Abgeordneten und ihrer Ausschüsse waren maßgeblich von dieser postulierten Einheit bestimmt. Zuvorderst den Ausschüssen kommt es dabei zu, „die Einhaltung der Gesetze und der anderen gesetzlichen Bestimmungen zu kontrollieren, Erfahrungen zu verallgemeinern und auf notwendige heranreifende gesellschaftliche Entscheidungen Einfluß zu nehmen.“³³ Zu diesem Zweck verfügen sie u.a. über die Befugnis, „Untersuchungen in territorialen Einheiten, in staatlichen Organen, Kombinat, Betrieben, Einrichtungen und Genossenschaften durchzuführen.“³⁴ Dies geschieht regelmäßig im Wege operativer Einsätze von entsprechenden Arbeitsgruppen der Volkskammerausschüsse. Soweit ist der Sachverhalt bekannt. Über die konkrete Praxis dieser operativen Arbeit ist damit noch nichts ausgesagt. An dieser Stelle sollen nun die Akteure selbst zu Wort kommen:

„Wir haben uns [im Ausschuß] einen Jahres-Arbeitsplan gestellt, wo wir die Schwerpunkte unserer Tätigkeit bestimmt haben. Das konnte die Forderung eines bestimmten Gesetzes oder die Untersuchung eines spezifischen Problems sein, wie zum Beispiel der gesellschaftlichen Gerichte oder die Eingliederung von Strafgefangenen nach der Entlassung. (...) Das heißt also, wir haben in unserem Arbeitsplan festgelegt, welche Schwerpunkte wir uns jeweils für das halbe Jahr oder für das Jahr vornehmen wollen. Und auf dieser Basis haben wir dann Termine abgestimmt. Wenn Plenartagungen waren, mußten wir sowieso zusammentreten, und daneben dann die weiteren Termine, die wir hatten. Wir sind im Jahr ungefähr so 6 bis 7mal zusammengekommen, und zwar in Berlin und auch außerhalb: Die Arbeitsgruppeneinsätze haben wir ja in aller Regel draußen gemacht, in den Bezirken und den Kreisen. Die Vorbereitung natürlich in der Volkskammer.“³⁵

„Der Ausschuß tagte für gewöhnlich alle 2 Monate. Das war schon notwendig, weil wir mit Arbeitsgruppen ständig in irgendwelchen Betrieben waren, insofern mußte das immer im Vorstand besprochen werden. Das heißt, wir tagten auch außerhalb Berlins. Zwar selten, aber wenn beispielsweise die Hälfte der Ausschußmitglieder in Leipzig war, dann tagten wir eben in Leipzig in dem Betrieb. Oder, wenn es um die Auswertung eines Einsatzes ging, bei-

³³ Kelle / Riemann 1989: S. 93.

³⁴ Kelle / Riemann 1989: S. 93.

³⁵ Interview Nr. 51. Fraktionszugehörigkeit: DBD.

spielsweise den letzten im Waggonbau Görlitz, tagte der Ausschuß dann in Görlitz. Das war eine Zweckmäßigungsfrage.³⁶

Hinsichtlich der Rolle und des Wertes, den die befragten Abgeordneten den Arbeitsgruppen und deren Einsätze für die Tätigkeit der Volkskammer(ausschüsse) oder für sie ganz persönlich retrospektiv zumessen, gaben sie an:³⁷

Die Arbeitsgruppeneinsätze spielten eine „sehr große Rolle. Sie waren eigentlich der Fundus, wo man probieren konnte, wie sich das unten auswirkt, und welche Probleme da entstehen. (...) Und man hat ja aus diesen Problemen heraus auch Vorschläge mitgenommen, was geändert werden mußte.“³⁸

„Die Ausschüsse, zumindest der Jugendausschuß, hatten immer von Zeit zu Zeit Arbeitseinsätze in den Territorien draußen. Und ich halte das für eine Fraktion für außerordentlich notwendig, über die Erfahrungen zu verfügen, die ein Ausschuß an Ort und Stelle ermittelt. Für mich war beispielsweise [der Arbeitsgruppeneinsatz] in Maxhütte Unterwellenborn ein außerordentlich wertvoller Erfahrungsschatz: Weil es außerordentlich wichtig war, die vorhandenen Probleme der Menschen unter den dortigen Bedingungen alter Technik zu erkunden.“

Diese Arbeitsgruppeneinsätze, „das war das für mich eigentlich aufbauendste. Weil man da an Ort und Stelle ... staatliche Jugendpolitik studieren konnte. Studieren konnte, wie sie umgesetzt wurde. Und da haben wir auch sehr viele Erkenntnisse sammeln können, die sich ja dann im Jugendgesetz der DDR niederschlugen.“³⁹

„Großen Spaß gemacht [hat mir] die Tätigkeit im Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten. Dort hatten wir die Aufgabe, beispielsweise die Umsetzung bestimmter Gesetze in den Kommunen zu kontrollieren. Das hat mir Spaß gemacht, wenn eine Gruppe von Mitgliedern des Ausschusses an die Basis gefahren ist, und dort versucht haben nachzuweisen, was von den von der Volkskammer verabschiedeten Gesetzen [vor Ort] umgesetzt wurde, und was [dabei] nicht funktionierte. Da haben wir dann Berichte geschrieben. Diese Arbeit hat mir Spaß gemacht.“⁴⁰

Ich möchte sagen, daß das, was wir in den Arbeitsgruppen gemacht haben, ausschlaggebend war auch für die weitere [Abgeordneten-]Tätigkeit. Ich würde sagen, das war gut, daß wir den Überblick kriegten auch über einzelne Betrie-

³⁶ Interview Nr. 38, Fraktionszugehörigkeit: FDGB.

³⁷ Konkrete Fragen: Welche Rolle spielten denn Ihrer Meinung nach die Arbeitsgruppeneinsätze? Welche Bedeutung hatten für die Tätigkeit der Ausschüsse eigentlich die Arbeitsgruppen? Welche Rolle spielten die Arbeitsgruppen, die von den Ausschüssen ja meist installiert wurden? Welchen Stellenwert hatten für Sie die Arbeitsgruppeneinsätze durch die Ausschüsse im Rahmen der Gesamttätigkeit der Volkskammer? Die Arbeitsgruppen der Ausschüsse besaßen vor Ort ja eigentlich keine Entscheidungskompetenz. Worin würden Sie dann trotzdem den Wert dieser Einsätze sehen?

³⁸ Interview Nr. 10, Fraktionszugehörigkeit: SED.

³⁹ Interview Nr. 46, Fraktionszugehörigkeit: SED/FDJ.

⁴⁰ Interview Nr. 47, Fraktionszugehörigkeit: FDGB.

be, über einzelne Objekte. Denn sonst hätten wir in der Volkskammer, wenn uns dort Zahlen oder dieses und jenes vorgelegt wurden, gar nicht die Möglichkeit gehabt, das überhaupt in der Tiefe beurteilen zu können. So haben wir uns die Grundlage dort geholt. Wenn wir draußen waren, Einsätze gemacht haben, dann wurde uns auch dieses und jenes vom Betrieb mit vorgetragen, was von Seiten der Ministerien nicht in Ordnung ist. Und das haben wir dann in der Volkskammer, sei es in den Ausschüssen oder im Plenarsaal mit vortragen und ansprechen können: und dann waren sie ja wild, daß das dann verändert wurde.⁴¹

Auf die allgemein gehaltene Frage nach der Funktion bzw. der Aufgabe von Arbeitsgruppen wurde von Abgeordnetenseite her u.a. erklärt:

„Die hatten einmal die Aufgabe, größere Einsätze [des Ausschusses] sachlich vorzubereiten, oder aber sie hatten die Aufgabe, Detailprobleme zu untersuchen. Das waren dann Arbeitsgruppen mit den besten Experten, über die der Ausschuß verfügte. Sie waren gewissermaßen zwischen den Kontrolleinsätzen und der normalen Ausschußarbeit eines der Instrumente, mit denen der Ausschuß seine Tätigkeit deutlich machte. (...) Die Arbeitsgruppen konnten spezielle Probleme haben, also beispielsweise Investitionen im sozialpolitischen Bereich. Da gab es eine Arbeitsgruppe, die untersuchte, wie kamen die Investitionsvorhaben zustande.“⁴²

„Die [Arbeitsgruppen-]Einsätze haben dazu beigetragen, das Präsidium der Volkskammer und auch den Ministerrat bzw. das zuständige Ministerium, zumindest in komprimierter Form, über die Situation in den verschiedenen Gebieten zu informieren. Es ist richtig, der Ausschuß hatte keine Kompetenz, um irgendetwas zu verändern. Aus heutiger Sicht besehen, ist es eine Art Berichterstattung gewesen. (...) Die Information des Präsidiums der Volkskammer und der zuständigen Minister und Staatssekretäre hat natürlich dazu beigetragen, daß bei der Formulierung neuer Gesetze, neuer Richtlinien oder Beschlüsse das [Ergebnis der Arbeitsgruppeneinsätze] mit einfließen konnte. Inwieweit das im einzelnen eingeflossen ist, vermag ich nicht zu beurteilen.“⁴³

Befragt zu den konkreten Anlässen bzw. Kriterien für die Einberufung und den operativen Einsatz von Arbeitsgruppen äußerte ein ehemaliger Parlamentarier die Vermutung:

„Soweit mir bekannt ist, nach Schwerpunkten innerhalb der vonseiten der Bevölkerung geäußerten Kritik. Wenn beispielsweise in den Betrieben irgendwelche Dinge nicht in Ordnung waren, und Mitarbeiter sich beschwert oder nach Berlin - an den Ausschuß für Eingaben der Bürger oder direkt ans Ministerium für Leichtindustrie - geschrieben haben, oder es gab irgendwelche Kritik aus der Bevölkerung heraus, dann wurde dem Ausschuß bzw. auch der Volkskammer vorgeschlagen, doch hier und da einmal eine Untersuchung

⁴¹ Interview Nr. 11, Fraktionszugehörigkeit: DFD.

⁴² Interview Nr. 38, Fraktionszugehörigkeit: FDGB.

⁴³ Interview Nr. 18, Mitarbeiter des Sekretariats der Volkskammer.

durchzuführen. Die Eingabentätigkeit, die wurde ja regelmäßig analysiert, war auch Grundlage für die Bildung von Arbeitsgruppen.⁴⁴

Im Hinblick auf die - gemäß Artikel 61 Abs. 1 Satz 2 der DDR-Verfassung - bei den Ausschüssen angesiedelte Aufgabe der „ständigen Kontrolle der Durchführung der Gesetze“ wurde die Tätigkeit der Arbeitsgruppen seitens der Interviewten folgendermaßen eingeschätzt:⁴⁵

Im Zusammenhang mit der Kontrolltätigkeit war die Bedeutung der Arbeitsgruppen eine „eigentlich spezifische. Es waren aus dem Gesamtkomplex herausgefilterte Probleme, mit denen sich dann drei, vier, fünf Abgeordnete an Ort und Stelle beschäftigt und auseinandergesetzt haben. Und die dann letzten Endes auch mit der notwendigen Sachkunde und Sachkenntnis zurückgekommen sind und den Ausschuß informiert haben.“⁴⁶

„Das Eingabengesetz war eigentlich unsere Hauptgrundlage für die Tätigkeit im Ausschuß [für Eingaben der Bürger]. Dabei haben wir kontrolliert, wie hiermit nun verfahren wird: Wenn beispielsweise der Ministerrat über den Stand der Eingabebearbeitung berichtete, (...) haben wir nachgefragt und auch manchmal kritische Bemerkungen gemacht. Wir hatten schon die Möglichkeiten, das zu kontrollieren; eben auch durch die operativen Einsätze. Das war mir eigentlich auch immer ein wichtiges Anliegen, daß man im Bezirk, im Kreis kontrollieren konnte, wie dort mit den Eingaben gearbeitet und ob dort wirklich nach dem Eingabengesetz verfahren wird. Im großen und ganzen hatten Eingaben schon einen hohen Stellenwert. Aber wir haben uns natürlich auch auseinandersetzen müssen mit sehr oberflächlicher Arbeitsweise, mit der Nichteinhaltung von Terminen usf. Da hat es schon manchmal Zoff gegeben, und da haben wir auch dafür plädiert, daß Ratsvorsitzende in Kreisen zur Verantwortung gezogen werden.“

„Wir haben Ausschußsitzungen etwa alle 2 Monate gemacht. Aber wir haben einiges operativ in der Zwischenzeit getan, und zwar in Form von Arbeitsgruppen. Drei [bis] vier Arbeitsgruppeneinsätze fanden eigentlich so im Quartal statt. Da haben wir dann den Ausschuß gedrittelt oder geviertelt, so daß jeder einmal im Quartal drankam. Wir hatten, ich will es mal am Beispiel erläutern, ... festgestellt ... -- was ja nicht neu war, das zog sich ja lange Jahre durch - ... ein Schwerpunkt war die Wohnungsproblematik. Bei allen Bemühungen um Wohnungsbauprogramm usw. gab es doch ... in verschiedenen Territorien einen Haufen Probleme. Also haben wir gesagt, wir beschäftigen uns mal in den Arbeitsgruppen des Ausschusses damit, wie sieht es mit der Verwirklichung des Wohnungsbauprogramms in verschiedenen Territorien aus.

⁴⁴ Interview Nr. 11, Fraktionszugehörigkeit: DFD.

⁴⁵ Eine wesentliche Aufgabe der Ausschüsse bestand ja in der »Kontrolle der Durchführung der Gesetze«. Wie lief das in der Praxis ab. und welche Aufgaben und Möglichkeiten hatten die Ausschüsse dabei? Welchen Umfang und welche Bedeutung hatte denn das für Ihren Ausschuß? Welche Bedeutung hatten in dem Zusammenhang mit der Kontrolltätigkeit eigentlich die Arbeitsgruppen der Ausschüsse?

⁴⁶ Interview Nr. 30, Fraktionszugehörigkeit: DBD.

Und da haben wir die Erfahrungen der Mitglieder unseres Ausschusses genutzt; haben uns natürlich auch Vorschläge machen lassen vom Ministerrat; meistens haben wir es so gemacht, daß wir gesagt haben, wir nehmen uns mal ein oder zwei Kreise vor, in denen es besonders viele Beschwerden gab, besonders viele Eingaben, und wir nehmen uns auch mal einen Kreis raus, in dem es besonders wenige Eingaben zu dem Problem gab. Und haben das dann in so einen Einsatz - der also mindestens 2 Tage ging, manchmal auch 3 Tage, aber 2 Tage waren dann schon das Minimum - dort mal untersucht, wie sieht es aus; wie werden die örtlichen Staatsorgane hier ihrer Verantwortung gerecht. Dasselbe haben wir auf anderen Gebieten gemacht: zum Beispiel gab es ja auch immer wieder mal wieder Klagen, Problemen mit Dienstleistungen, mit Leistungen des Handwerks; [dann] haben wir also mal Fragen der Handwerkspolitik, [oder der] Entwicklungen der Dienstleistungen ... untersucht. Und der Vorteil war eigentlich der, wenn man jetzt Kreise analysieren konnte, wie sieht es in dem jeweiligen Gebiet aus, wo es also schiecht war, wo es viele Eingaben gab, konnten wir also sagen, das und das sind die Mängel in der staatlichen Arbeit und in den anderen wird das besser gepackt, weil man so und so an die Dinge herangeht. Also, gerade dieser Vergleich dann auch zur jeweiligen Problematik zwischen besseren, besser und schlechter arbeitenden Gebietskörperschaften - also meistens Stadtkreise, Landkreise - führte dann zu gewissen Schlußfolgerungen, und die haben wir dann auch im Ausschuß verallgemeinert und als Empfehlungen ... an den Ministerrat [oder] an Bezirkstage [gegeben].⁴⁷

„Das wurde direkt in die Tagesordnung der Ausschüsse aufgenommen, in dem der Ausschußvorsitzende - bereits im Anschreiben - vorschlug, daß man entweder über die Abgeordneten in ihren Wirkungsbereichen oder wiederum über Arbeitsgruppen die Durchführung des Beschlusses über das und das dort und dort kontrolliert. Es wurde dann im Ausschuß noch mal kurz begründet warum das notwendig sei. (...) Und dann wurde die Einteilung vorgenommen die Art und Weise bestimmt, wie man diese Kontrolle ausübt, und dann von allen Dingen festgelegt, wie man die Ergebnisse der Kontrolle zusammenfaßt. (...)

Bei mir wurde das dann so formuliert, daß ich in diese Arbeitsgruppen, wenn ich mich nicht selber einbringe, verantwortliche Mitarbeiter von meinem Staatsorgan einbringen kann, und das war natürlich dann auch zweckmäßig. Angenommen das waren fünf Arbeitsgruppen, und ich wollte meinetwegen in vier davon tätig sein oder vier davon hatten den Wunsch, daß sie eine Expertenberatung von einem versierten Mann aus dem Staatssekretariat für Arbeit und Löhne hatten - das machte sich dann schon für die immer bezahlt -, dann ging der eben mit.

⁴⁷ Interview Nr. 10, Fraktionszugehörigkeit: CDU.

[Nachfrage: Sie selbst hatten doch über den Ministerrat, über Ihre Behörde oder die Gewerkschaft ja durchaus genügend Möglichkeiten zu erfahren, wie die Umsetzung an der Basis, in den Betrieben usf. erfolgte. Worin würden Sie denn den besonderen Wert dieser Art von Kontrolle durch die Volkskammerausschüsse und ihre Arbeitsgruppen sehen?]

„Der besondere Wert bestand meiner Ansicht nach darin, daß die Untersuchung und das Ergebnis objektiver waren, als wenn das die Gewerkschaften über ihren Leitungsweg gemacht hätten. Untersuchungen der Gewerkschaften über ihren Leitungsweg, so wichtig und wesentlich sie waren, hatten doch viel stärker subjektiven Charakter. Es wurde also vieles vom Standpunkt der Nützlichkeit und Zweckmäßigkeit aus gewerkschaftlicher Sicht beurteilt. Hier ging es aber um das Gesetz und seine objektive Wirkung. (...) Und dabei konnte auch mal am Ende rauskommen, daß die Gewerkschaft dort nicht richtig arbeitet, wo sie hätte richtig arbeiten müssen.

[Nachfrage: Kann man demzufolge sagen, daß die Volkskammer in Gestalt der Ausschüsse und Arbeitsgruppen durchaus eine wichtige Kontrollfunktion hatte, die eigentlich außerhalb der üblichen staatlichen Strukturen ablief?]
Das würde ich unter allen Umständen bejahen. Ich würde noch hinzufügen müssen, daß diese Verantwortung in den Ausschüssen unterschiedlich wahrgenommen wurde.“⁴⁸

„Das wurde vorrangig über die Arbeitsgruppentätigkeit und über die Berichte von zuständigen Staatsorganen realisiert. Wir haben beispielsweise, nachdem das ZGB dann in der Volkskammer bestätigt worden war, im Nachhinein dann Arbeitsgruppeneinsätze durchgeführt, um konkret zu sehen, wie gestaltet sich die Umsetzung auf dem Gebiet des Wahlrechtes, der Dienstleistungen, der ganzen Probleme der Reklamationen und der Möglichkeiten, Bürgerrechte durchzusetzen; oder beim Mietrecht, welche Probleme ergeben sich jetzt bei der Neugestaltung des Mietrechts; oder im Bereich der gesellschaftlichen Gerichte. Nach der Gesetzesverabschiedung haben wir uns damals vor allem auf Tagungen im Bezirk Rostock in den dortigen Betrieben und Gemeinden umgesehen, um zu erfahren, wie die gesellschaftlichen Gerichte nun konkret arbeiten. Selbst an Verhandlungen der Schiedskommission und der Konfliktkommissionen haben wir teilgenommen. Auch hier war es also möglich, konkret mitzuwirken, (...) und sich dann mit dem Minister darüber auszutauschen, wo es Probleme oder Schwierigkeiten gibt. (...) Aber eben immer möglichst diesseits der Grenze, wo es um Machtfragen ging und um Entscheidungen, die auf Parteiebene lagen.“⁴⁹

„Das machten wir in ähnlicher Form wie die [Gesetzes-]Vorbereitung. Nach einer bestimmten Zeit haben wir dann gesagt, jetzt gucken wir mal an der Stelle, wo wir uns sozusagen die Information geholt hatten, wie es jetzt mit den Vorschlägen aussieht. Wie hat sich das, was vielleicht auch von dort kam -

⁴⁸ Interview Nr. 2, Fraktionszugehörigkeit: FDGB.

⁴⁹ Interview Nr. 51, Fraktionszugehörigkeit: DBD.

beispielsweise aus dem Industriegebiet Borna -, wie hat sich das nachher tatsächlich [in der Praxis ausgewirkt]. Und dann sind wir, meistens in ähnlicher Zusammensetzung wieder dort hingegangen. Das war für die Leute auch günstig, die konnten dann sagen: »Also wir haben euch damals gesagt, und nun schaut mal, das ist nun rausgekommen dabei, und damit fühlen wir uns gar nicht gut«. Oder, sie konnten umgekehrt sagen: »Das ist rausgekommen, und damit fühlen wir uns gut«. Das war jedenfalls unser Anliegen, und so haben wir es eigentlich fast immer gemacht.⁵⁰

Auf die Frage danach, ob sie die Arbeitsgruppeneinsätze vor Ort als eine Form umfassender und effektiver Kontrolle seitens der Parlamentarier einschätzen würden, gaben die Abgeordneten zur Auskunft:⁵¹

„Ja, würde ich schon im Rahmen dieser Konstellation DDR, der führenden Rolle [der Partei] und den damit verbundenen Zwängen. Unter diesem Gesichtspunkt würde ich das schon so einschätzen.“⁵²

„Ich würde sagen, daß im Wahlkreis praktisch die Gesetzeskontrolle stattfand. Aus der Sicht des Volksbildungsausschusses auch, indem man Arbeitsgruppen dazu eingesetzt hat, die Verwirklichung der Gesetze oder überhaupt die Notwendigkeit von Gesetzen zu kontrollieren. Oder, wie ich es am Beispiel Leuna geschildert habe, auch vorgeschlagen hat, Gesetze außer Kraft zu setzen. In dieser Form [Arbeitsgruppeneinsätze] (...) hat man die Gesetzesdurchsetzung dann ja in der Praxis erlebt.“⁵³

Die Arbeit mit Arbeitsgruppen vor Ort „hielt ich für sehr effektiv, weil sie wirklich was bewirken konnte. Und weil sie [die Arbeitsgruppen] mit Realitäten bekannt wurden.“

„Die parlamentarische Kontrolltätigkeit [vor Ort] konnte einfließen erstens in die Gesetzgestaltung, und zweitens in Vorschläge an den Ministerrat.“⁵⁴

„Die waren m.E. am größten von den ganzen [Möglichkeiten] in einem Bezirk etwas zu verändern. Eine Veränderung war drin, denn der Bezirk fühlte sich beraten, fühlte sich gestärkt in bestimmten Dingen, und vielleicht hat der Ausschuß durch Arbeitsgruppen am meisten bewirkt vor Ort.“⁵⁵

„Das ist eigentlich die Hauptarbeit in den Ausschüssen gewesen. Die Volkammer hat viermal im Jahr im Plenum getagt, das war für die Abgeordneten kein Arbeitsgebiet. Aber die Kontrolle über die Einhaltung der Gesetze, da konnten sie schon aktiv werden. Und bei jedem Kontrolleinsatz, wurden (...) die positive Seite eines Gesetzes sowie gleichzeitig Vernachlässigungen oder

⁵⁰ Interview Nr. 34, Fraktionszugehörigkeit: FDJ/SED.

⁵¹ Konkrete Fragen: Wie würden Sie den grundsätzlichen Effekt, die Effektivität dieser Art von Kontrolltätigkeit über Arbeitsgruppen einschätzen? Für wie effektiv halten Sie denn die Arbeit der Ausschubarbeitsgruppen vor Ort? Wie groß waren denn die Möglichkeiten, durch solche Kontrolleinsätze wirklich etwas zu bewegen?

⁵² Interview Nr. 51, Fraktionszugehörigkeit: DBD.

⁵³ Interview Nr. 15, Fraktionszugehörigkeit: SED.

⁵⁴ Interview Nr. 52, Fraktionszugehörigkeit: SED.

⁵⁵ Interview Nr. 45, Fraktionszugehörigkeit: KB.

negative Erscheinungen geprüft. Und dort konnten sich die Abgeordneten frei entfalten. Darüber wurde dann ein Bericht zusammengestellt, und diesen Bericht bekam das Präsidium der Volkskammer. Und das entschied, was aus diesem Bericht wurde. Wir haben auf diesem Gebiet manch gute Erfahrung gemacht; das heißt, die Mehrzahl der Berichte von unseren Einsätzen ist dann gedruckt und den Abgeordneten übergeben worden. Darauf bin ich ein bißchen stolz, daß uns das geglückt ist. Aber natürlich wurde uns seitens der Bevölkerung durch die Themen, die wir behandelten [Ausschuß für Arbeit und Soziales], auch ein besonderes Interesse entgegen gebracht. Das ist beispielsweise bei Industrie, Bauwesen, Verkehr nie so gewesen.

[Nachfrage: Aber die Ausschuß- oder Kontrollberichte anderer Ausschüsse wurden doch eher nicht veröffentlicht oder den Abgeordneten in die Hand gegeben?]

Es kamen hin und wieder solche Berichte auch zu den Abgeordneten. Wir hatten beispielsweise mal zusammen mit dem Rechtsausschuß die Überprüfung des Arbeitsgesetzbuches durchgeführt. Da haben wir eine relativ große Sache daraus gemacht. Wir wollten das gerne ins Plenum bringen, was aber letztendlich abgelehnt wurde. Aber wir hatten einen Bericht von zwei Ausschüssen, und es war schon eine kleine Sensation, daß zwei Ausschüsse zusammenarbeiteten und dann auch noch ein Extrakt ihrer Arbeit vorlegten. (...)

[Nachfrage: Wenn solche Berichte abgefaßt wurden, wie würden Sie den Inhalt solcher Kontrollen bewerten. Wie effektiv waren die Ausschüsse und ihre Gremien in der Kontrolle, wenn es um die Anwendung von Gesetzen ging? Und was geschah mit diesen - mehr oder weniger - effektiven Analysen?]

Erst einmal waren die Kontrollen wirklich effektiv. Es wurde dann entsprechend der Konzeption der Bericht ausgearbeitet und im Ausschuß diskutiert. Und die Abgeordneten stimmten zu oder sagten, »Nee, das muß man noch ändern«. Dann wurde der Bericht dem Präsidium übergeben, und dann äußerte sich - das Präsidium hat die Berichte alle behandelt - dann äußerte sich das Präsidium zu diesem Bericht. Und in einigen Fällen gab es dann auch Rückwirkungen auf die staatliche Leitungstätigkeit.

Ich will ein Beispiel nennen: Wir hatten 30 Feierabend- und Pflegeheime kontrolliert, die alle recht beschissen aussahen. Wir hatten nicht gedacht, daß sich auf diesem Gebiet etwas ändert. Aber auf einmal gab es einen Ministerratsbeschuß über Reparaturen und Investitionen in Feierabend- und Pflegeheimen. Da wurde eine Entscheidung getroffen, weil es schlechter schon nicht mehr ging, das muß man immer dazusagen. (...) Natürlich hatten wir in den Berichten Empfehlungen gegeben. Aber wir konnten keine Empfehlungen geben, beispielsweise mal eben 100 Millionen an Investitionen für Feierabend- und Pflegeheime einzusetzen. Das konnte nur der Ministerrat.

In anderen Fällen gab es Presseveröffentlichungen: Da wurden der Ausschußvorsitzende oder andere Leute aufgefordert, darüber zu schreiben, um das

publik zu machen.⁵⁶ Solange das Präsidium nicht entschieden hatte, waren die Materialien allerdings vertraulich. Erst wenn das Präsidium freie Hand gab, konnte man darüber in der Öffentlichkeit reden. (...)

[Nachfrage: Bekamen eigentlich alle Organe der Volkskammer - Ministerrat, Staatsrat, Justizorgane - automatisch eine Kopie des Kontrollberichts?]

Das wurde von Fall zu Fall festgelegt. Wenn in den Berichten Fragen behandelt wurden, die die Justiz interessierten, dann bekam die Justiz den entsprechenden Bericht. Aber es war nicht so, daß jeder Bericht an alle verschickt wurde.⁵⁷

Arbeitsgruppeneinsätze spielten aber nicht nur bei der „ständigen Kontrolle der Durchführung der Gesetze“ eine wichtige Rolle, sondern waren darüber hinaus - wie die nachfolgenden Interviewaussagen zeigen -- wesentliches Element der Gesetzgebungsarbeit der Volkskammerausschüsse. Nach Artikel 61 Abs. 1 Satz 2 der DDR-Verfassung bestand ja eine weitere vordringliche Aufgabe der Ausschüsse darin, „in enger Zusammenarbeit mit den Wählern die Beratung von Gesetzentwürfen“ durchzuführen. Befragt zur entsprechenden Praxis politischer Willensbildung und Entscheidungsfindung in den Ausschüssen im Rahmen der Gesetzgebungsarbeit führten die Abgeordneten aus:⁵⁸

„Es gab auf den verschiedensten Gebieten [Gesetzes-]Entwürfe. Und die sind in der Regel in operativer Arbeit, also durch Beratungen des Ausschusses in Gemeinden, in Gebieten, in Städten diskutiert worden. Und sie sind dann vor allem in den abschließenden Ausschusssitzungen beraten und bestätigt worden. Das bildete dann eigentlich die wesentliche Basis auch für das Zusammenfassen und Zusammenführen von Gesamtgesetzesvorlagen.“⁵⁹

Der Ausschußvorsitzende „wußte, wenn grundlegende Beschlüsse auf dem Gebiet Arbeit und Sozialpolitik - wie z. B. Rentenerhöhung oder lohnsteigernde Maßnahmen für wichtige Werkstätengruppen im Lande oder ähnliches - durch uns vorbereitet wurden. Ich mußte die Regierungsbeschlüsse vorbereiten und einreichen. [Der Vorsitzende] schrieb mich ganz offiziell an (...):»Werter Genosse ..., der Ausschuß berät das und das, und wir sind darüber informiert, daß Sie das und das vorbereiten. Wir bitten Sie, dem Ausschuß für Arbeit und

⁵⁶ Vgl. hierzu die im Literaturanhang aufgeführten Beispiele aus der „Sozialistischen Demokratie“.

⁵⁷ Interview Nr. 38, Fraktionszugehörigkeit: FDGB.

⁵⁸ Konkrete Fragen: Wie lief in der Praxis die diesem Zweck dienende politische Willensbildung und Entscheidungsfindung in den Ausschüssen ab? Können Sie das vielleicht auch an Beispielen aus Ihrem Tätigkeitsbereich charakterisieren? Sie bekamen die Gesetzentwürfe in die Ausschüsse rein. Wie vollzog sich dann in den Ausschüssen der Prozeß der politischen Entscheidungsfindung und Willensbildung. Wie sah denn, vielleicht noch mal konkret auf diesen Gegenstand abgehoben, die konkrete Willensbildung im Ausschuß XY aus? Wie kam ein Konsens zustande? Fanden da Diskussionen im ganzen Ausschußrahmen statt oder individuelle Gespräche? Wer wurde da noch hinzugezogen von Leuten, die außerhalb des Ausschusses waren?

⁵⁹ Interview Nr. 30, Fraktionszugehörigkeit: DBD.

Soziales am soundsovielten einen Entwurf Ihrer Verordnung oder Ihres Gesetzes vorzulegen, damit die Abgeordneten das diskutieren können.« Und dann wurde das so gemacht.

[Nachfrage: Und recherchierte der Ausschuß daneben noch mal separat eigene Informationen?]

Ja, das machte er. Für die eigene Information bürgten die Mitglieder dieses Ausschusses selber. Wenn es also um Lohnfragen ging oder um Rentenfragen, dann hatten die alle die Probleme ihrer Mitmenschen im Umkreis (...) im Rücken, und mit denen kamen sie dann an.⁶⁰

„Im Prinzip hatten wir immer drei [Arten von] Ausschußsitzungen: die Informationsveranstaltung, die Informationsausschußsitzung im großen Ausschuß, und dann noch die Arbeitsgruppen. Wenn es um konkrete Dinge ging, haben wir auch mal geguckt, wo ein repräsentativer Platz - ein Krankenhaus, ein Betrieb, ein Industriegebiet oder sonstwas - wäre, wo wir rauskriegen könnten, wie es jetzt dort aussieht, und wie man es verändern müßte. Wo können wir uns als Abgeordnete sachkundig machen [bezüglich der Frage]: »Wie fühlen die Leute da, und wie sind die.« Dann haben wir Arbeitsgruppen gebildet - zwei, manchmal auch drei Arbeitsgruppen - mit verschiedenen Schwerpunkten, und sind dann [vor Ort] gucken gegangen. Neben den Dingen, wo jeder selber gucken gegangen ist in seinem eigenen Gebiet, also über den Wahlkreis hinaus.

[Nachfrage: Muß man sich das folglich so vorstellen: Sie bekamen einen Gesetzentwurf und Sie wollten dann recherchieren, wieweit dieser Gesetzentwurf mit der Realität übereinstimmte. Dazu wurden dann Arbeitsgruppen gebildet, und die gingen dann vor Ort, um zu überprüfen, was davon umsetzbar ist und was nicht.]

Und was zusätzlich noch zu verändern notwendig wäre; was im Gesetz[entwurf] vielleicht sogar noch fehlte.

[Nachfrage: Das waren also nicht diese traditionellen Arbeitsgruppen, die mehr Kontrollfunktion hatten, sondern das waren tatsächlich, ich sage jetzt mal, „innovative Gruppen“, die recherchierten was vor Ort eigentlich los ist.]

Ja. Und dann sind wir mit diesen ganzen Dingen wieder in den Ausschuß gekommen und haben das zusammengetragen und daraus unsere Vorschläge formuliert.

[Nachfrage: War dieses eben beschriebene Verfahren generell für Ausschubarbeit typisch oder nur für bestimmte Ausschüsse?]

Ich glaube nicht, daß es in jedem Ausschuß so war. So sollte es sein, aber so ist es nicht von jedem Ausschuß gehandhabt worden. Im [Ausschuß für] Gesundheitswesen war es auf jeden Fall so.⁶¹

⁶⁰ Interview Nr. 2, Fraktionszugehörigkeit: FDGB.

⁶¹ Interview Nr. 34, Fraktionszugehörigkeit: FDJ/SED.

Zum Aspekt der Arbeitsgruppeneinsätze im Rahmen der Gesetzgebungsarbeit hier ein besonderes Beispiel aus der Arbeit des Verfassungs- und Rechtsausschusses:

„Eine der glücklichsten Arbeiten habe ich erlebt beim ZGB [Zivilgesetzbuch der DDR] in den 70er Jahren. Das ist wirklich ein Paradebeispiel für die Erarbeitung eines Gesetzes gewesen, und in diesem Falle ein Novum, unter der Verantwortung des Verfassungs- und Rechtsausschusses der Volkskammer. Nicht das Plenum, sondern wir hatten vom Plenum den Auftrag erhalten, die Endfassung des Gesetzes vorzulegen. (...) Normalerweise wurde ja der Entwurf für Gesetze vorgegeben, nachdem sie vom Zentralkomitee und vom Ministerrat behandelt worden waren. Dann kamen sie als Vorlage des Ministerrates in das Plenum und in die Ausschüsse zur Diskussion. Beim ZGB - für mich eine der produktivsten Zeiten im Ausschuss - war natürlich die Grundidee vorgegeben: ZGB, mit welchen Grundrichtungen, Ablösung des BGB, Wirkungsweise in der DDR, eines Zivilgesetzbuches nach neuen Gesichtspunkten einer sozialistischen Gesellschaft.

Wir haben damals Arbeitsgruppen gebildet unter Einbeziehung aller in der DDR wichtigen Wissenschaftler auf dem Gebiet des Zivilrechtes. (...) Das heißt, wir haben alle Wissenschaftler zu erfassen versucht, die auf dem Gebiet bisher gearbeitet haben, (...) und sie beauftragt, dazu Überlegungen auszuarbeiten als Grundlage für die Arbeit in den Arbeitsgruppen. (...) Wir sind dann mit Arbeitsgruppen rausgegangen in Betriebe und in Wohngebiete, und haben mit den Leuten diskutiert: »Wie würdet ihr das sehen, zum Beispiel eben das Kaufrecht, das Mietrecht oder das Erbrecht?«, »Welche Probleme seht ihr?«, »Welche Schwerpunkte würdet ihr dabei setzen?« Und damit ist letztlich sowohl durch die Wissenschaft (...) und durch Diskussionen mit den Bürgern ein Gesetz entstanden. (...) Aber wie gesagt, das ist Ausnahme, das ZGB war ein Randproblem, logischerweise.»⁶²

Wenden wir uns nun Gesichtspunkten der Bildung, der Organisation und der Struktur von Arbeitsgruppen zu. Hierzu wurden den Parlamentariern eine ganze Reihe von Fragen gestellt,⁶³ die sie folgendermaßen beantworteten:

Der Ausschuss „für Arbeit und Soziales und der Ausschuss für Wirtschaft (...) verteilten regelmäßig an alle Abgeordneten Aufträge. Und (...) wenn die

⁶² Interview Nr. 51, Fraktionszugehörigkeit: DBD.

⁶³ Konkrete Fragen: Wann wurden denn die Arbeitsgruppen der Ausschüsse gebildet, aus welchen Gründen, wie setzten sie sich zusammen, wer entschied darüber, und wie lange bestanden solche Arbeitsgruppen? Wer legte eigentlich fest, wann und zu welchem Thema Arbeitsgruppeneinsätze vor Ort durchgeführt wurden? Nach welchen Kriterien wurden Arbeitsgruppen gebildet? Wer wurde auf Grund von wessen Entscheidungen Mitglied in den Arbeitsgruppen? Wurden sie auch paritätisch zusammengesetzt, also nach Zugehörigkeit zu Fraktionen? Spielte da der Wahlkreis oder die territoriale Herkunft auch eine Rolle? Wie funktionierten sie, und wie lange gab es sie jeweils? Gab es innerhalb der Arbeitsgruppen noch eine gewisse Struktur, Vorsitzender oder Leiter der Arbeitsgruppe? Wie groß waren denn diese Arbeitsgruppen? Wie viele Ausschussmitglieder oder sonstige Personen arbeiteten denn da ungefähr mit?

Aufträge (...) eine größere Dimension hatten, dann wurden sog. Arbeitsgruppen gebildet und ein Arbeitsgruppen-Vorsitzender eingesetzt. Und der leitete zwischen den Tagungen dieses Ausschusses bzw. der Volkskammer die Arbeit dieser fünf, sechs Mann, die in dieser Arbeitsgruppe zusammengefaßt waren. Der faßte das Ergebnis der Arbeit dieser fünf Mann zusammen und legte das dem Ausschuß schriftlich vor. Das war also alles ganz korrekt geregelt.“⁶⁴

„Alle Ausschüsse der Volkskammer hatten Arbeitspläne, in denen festgelegt war, in welchen Abständen die Realisierung der Gesetze kontrolliert wurde. Die Ausschüsse haben dazu Arbeitsgruppen, bestehend aus 4, 5 oder 6 Abgeordneten und dem Ausschußsekretär, in einen Bezirk oder einen Kreis der DDR geschickt. Die haben ganz konkret untersucht, wie zum Beispiel ein Gesetz über Fragen der Schule [vor Ort] verwirklicht wird. Und wesentlich ist dabei, (...) daß die Abgeordneten mit den Zuständigen oder mit Bürgern diskutiert haben. Das heißt, sie haben sich die Arbeit eines Kreises - zu Fragen eines Landwirtschafts-Gesetzes, oder der Volksbildung, oder auch auf dem Gebiet der Industrie - genau angesehen. Dabei haben sie auch Gespräche mit Bürgern, mit Arbeitern, mit Angestellten, mit Ingenieuren geführt, und sich deren Auffassungen angehört. Und das alles wurde zu Protokoll gebracht. Wenn sie also zurückkamen, dann wußten sie, wie es in diesen Kreisen - oder im Teil dieses Kreises, oder dieser Stadt, oder auch in dieser Gemeinde - aussieht. Und das haben sie dann in ihrem Bericht im Ausschuß ausgewertet.“⁶⁵

Wann und zu welchem Thema Arbeitsgruppeneinsätze vor Ort durchgeführt wurden, „das wurde in der Regel immer oben festgelegt, also beispielsweise im Zentralrat der FDJ. Die hatten ja auch immer jemanden in Ausschußsitzungen mit dabei und dergleichen mehr. In Absprache möglicherweise mit dem Sekretariat der Volkskammer. Oder auch angeregt durch die Partei. (...) In der Regel kam ein Vorschlag durch den Fraktionsvorsitzenden der FDJ auf den Tisch. Ich kann mich noch erinnern, (...) da wurde an Ort und Stelle in der Jugendausschußsitzung gesagt, »Ihr müßt mal dieses oder jenes Problem anfassen.« Es muß aber jemand vorbereitet haben, was anfassenswert sein sollte oder was notwendig wäre. Und das entzieht sich meiner Kenntnis. Ich habe da immer dran teilgenommen, und habe dann selber einen Schwerpunkt gewählt.

[Nachfrage: Und wer legte fest, wer in den Arbeitsgruppen tätig wurde? Konnte man sich da freiwillig melden oder wie sah das aus?]

Das gab auch Vorschläge. Eigentlich war der gesamte Jugendausschuß - bis auf die, die nicht konnten - immer im Einsatz. (...) Aber das machte dann der Fraktionssekretär, der stellte die Frage dann, »Kannst du da und da mitwirken?«⁶⁶

„Die Arbeitsgruppen der Ausschüsse existierten als aktive Gruppe praktisch nur für die Dauer des Einsatzes. Die Zusammensetzung der Gruppe, wer also

⁶⁴ Interview Nr. 2, Fraktionszugehörigkeit: FDGB.

⁶⁵ Interview Nr. 18, Mitarbeiter des Sekretariats der Volkskammer.

⁶⁶ Interview Nr. 46, Fraktionszugehörigkeit: SED/FDJ.

jetzt an einem solchen Einsatz teilnimmt, wurde durch den Ausschuß vorher beschlossen. Und es war nicht so, daß ... das von oben her dirigiert wurde. Der Drang, in einer solchen Gruppe mitzuarbeiten, war nicht übermäßig groß, ... einfach weil einen das eine ganze Menge Zeit kostete. Unter Umständen waren sie 3 bis 4 Tage vom Betrieb weg. Der Betrieb nahm das zähneknirschend zur Kenntnis. (...) Sie waren auch nicht [zur Teilnahme] verpflichtet. Wenn Sie irgendeine Entschuldigung vorbrachten, dann wurde die im Regelfalle akzeptiert. Und die Leitungen einer solchen Untergruppe bzw. des Einsatzes wurde im Ausschuß festgelegt. Meistens gab es schon konkrete Vorstellungen, daß man also sagte, naja, meinetwegen, * macht den Ausschuß und wir würden vorschlagen, wer dann diese Untergruppen wieder macht. Und eigentlich aus der Situation heraus hat der Leiter des Ausschusses bzw. der Leiter der [Arbeits-]Gruppe dann gefragt, ... wären Sie evtl. bereit, eine solche kleine Aufgabe innerhalb dieser Einsatzgruppe zu übernehmen. Und keiner hat gern die Leitung einer solchen Einsatzgruppe gemacht, denn es war nicht so, daß sie stets mit offenen Armen begrüßt wurden. Die staatlichen Leitungen waren zwar gehalten, sie höflich und sachlich und teilweise auch mit einer gewissen Freundlichkeit aufzunehmen, aber sie hatten natürlich immer die Sorge, [daß bei ihnen] dunkle Stellen [entdeckt werden könnten]. Gerade bei der Eingabenarbeit gab es eine Menge solcher Sachen, und daher waren wir nicht so sonderlich gern gesehen.“⁶⁷

„Die Arbeitsgruppen bestanden in der Regel aus 5 Personen. (...) [Deren Auswahl erfolgte] teilweise nach der Qualifikation der einzelnen Mitglieder, und nach dem, was untersucht werden sollte. [Die Fraktionszugehörigkeit, der jeweilige Wahlkreis oder die territoriale Herkunft waren hierfür] nicht so direkt [von Belang]. Vielmehr wurde darauf gesehen, was macht der Abgeordnete im Betrieb: Hier zum Beispiel hatte ich eine Lehrausbilderin dabei, die sich auch [im untersuchten Betrieb] um die Lehrlingsausbildung gekümmert hat, und (...), der hat sich mehr um die Rentabilität gekümmert, und (...) ging es mehr um die Frauenarbeit. Arbeitsgruppen wurden also so zusammengestellt, daß sie auf verschiedenen Gebieten arbeitsfähig waren.“⁶⁸

Zum Arbeitsbereich des Volksbildungsausschusses „gehörten ja immerhin die Volksbildung, die Berufsbildung und das Fach- und Hochschulwesen. Und je nach dem, wie man nun auch fähig war ..., wurde man in die Arbeitsgruppen eingeteilt.“⁶⁹

„Es waren immer begrenzte Aufgaben für Untersuchungen in den einzelnen Bezirken, in Krankenhäusern, Ambulanzen usw. Das war je nach Aufgabenstellung unterschiedlich. Die Mitglieder von Arbeitsgruppen wurden an sich durch den Vorsitzenden des Ausschusses vorbestimmt. Es wurde im Ausschuß auch diskutiert, wer evtl. mit einbezogen werden sollte, und dann abschließend

⁶⁷ Interview Nr. 23, Fraktionszugehörigkeit: NDPD.

⁶⁸ Interview Nr. 11, Fraktionszugehörigkeit: DFD.

⁶⁹ Interview Nr. 15, Fraktionszugehörigkeit: SED.

festgelegt. Arbeitsgruppen bestanden immer in der Größenordnung von 4, 5, 6 Mann. Im allgemeinen war der Sekretär des Ausschusses mit dabei. Hinzu kamen weiterhin jene Vertreter von lokalen Ämtern, die für die jeweilige Arbeit erforderlich waren. (...) Die Arbeitsgruppen bestanden grundsätzlich so lange, bis ein abschließender Bericht an den Ausschuß abgegeben werden konnte.⁷⁰

Die Festlegung der Arbeitsgruppenleitung erfolgte durch den Ausschußvorstand auf der Basis folgender Kriterien:⁷¹

„Das machten wir im Vorstand des Ausschusses, dem ich angehörte. Wir sind nach Berlin gefahren und unser Vorsitzender, der sagte dann: »hier so und so« und »ihr macht den und den Einsatz, und dabei ist vorgesehen, daß die Mitglieder Meier, Müller, Schulze daran teilnehmen«; so kommt der Vorschlag von uns, also vom Präsidium, »der und der macht den Leiter des Einsatzes«. Und das wurde dann bei uns im Vorstand diskutiert.“⁷²

„Durch den Vorsitzenden des Ausschusses, und die Kriterien für die Auswahl waren: Wer wußte am besten über das anstehende Problem Bescheid. Es ging immer um die Probleme, und danach wurde der Leiter der Arbeitsgruppe bestimmt.“⁷³

Die konkrete (inhaltliche) Vorbereitung auf bzw. von Arbeitsgruppeneinsätzen wurde von den befragten Abgeordneten wie folgt geschildert:⁷⁴

„Das kam drauf an, was wir untersuchen wollten. Einmal kriegten wir zur Vorbereitung auf Einsätze den zuständigen Minister bzw. Staatssekretär zur Seite. Als wir zum Beispiel im ESDA Thalheim die Untersuchung auch im Hinblick auf Rentabilitäts Gesichtspunkte durchgeführt haben, da wurden uns vorher vom Ministerium für Leichtindustrie Informationen zum Betrieb gegeben. Mit anderen Worten, noch ehe wir überhaupt in den Betrieb reingingen, hatten wir schon einige Informationen über dessen Rentabilität, über dessen Exportleistung, und andere Eckzahlen des Betriebes. Und so erarbeiteten wir uns unseren Plan, was wir dort untersuchen möchten, was wir mit den Beschäftigten dort beraten möchten, und was als Ergebnis herauskommen soll.“⁷⁵

„Die Vorbereitung erfolgte über das Sekretariat der Volkskammer und über die lokalen Gremien, auch über die lokalen Räte der Nationalen Front. Die haben also praktisch diese Dinge [vor Ort] organisiert, um die wir gebeten haben. Und wir haben den Räten auch gesagt: »Das und das ist uns wichtig. Und ihr setzt noch das dazu, was euch wichtig ist. Dort, wo ihr denkt, daß sei

⁷⁰ Interview Nr. 3, Fraktionszugehörigkeit: CDU.

⁷¹ Konkrete Frage: Wie, durch wen, und nach welchen Kriterien erfolgte die Einsetzung von Leitern von Arbeitsgruppen?

⁷² Interview Nr. 11, Fraktionszugehörigkeit: DFD.

⁷³ Interview Nr. 3, Fraktionszugehörigkeit: CDU.

⁷⁴ Konkrete Fragen: Wie vollzog sich die inhaltliche Vorbereitung von Arbeitsgruppeneinsätzen? Wer machte das? Mußten Sie da extra tagen? Wie erfolgte die Vorbereitung von operativen Einsätzen, und wer war daran ggf. alles beteiligt?

⁷⁵ Interview Nr. 11, Fraktionszugehörigkeit: DFD.

wichtig, daß wir dort Informationen kriegen, daß wir dort mit den Leuten reden sollten.« Es war unser Anliegen, nicht [nur] mit irgendwelchen Führungsgremien zu sprechen, sondern mit der Bevölkerung, also mit denjenigen, die es ganz konkret betraf. Natürlich wollten wir auch mit den Leitungsgremien sprechen. Die waren oftmals erstaunt über das, was sie dabei zu hören bekamen. Aufgrund der Autorität der Volkskammer haben sich viele Leute dann auch Dinge zu sagen getraut, die sie sich sonst vielleicht nie zu sagen getraut hätten. Das habe ich oftmals feststellen können.⁷⁶

Der konkrete Ablauf eines Arbeitsgruppeneinsatzes vor Ort hört sich in den eigenen Worten von Abgeordneten folgendermaßen an:⁷⁷

Zunächst blieb die Arbeitsgruppe „zusammen, und wir bekamen Informationen vom General- oder Betriebsdirektor (...). Und dann trennten wir uns und gingen in einzelne Bereiche: zum Beispiel ging die Lehrausbilderin, die wir mithatten, in die Lehrwerkstatt und unterhielt sich mit der Lehrmeisterin und den Lehrlingen. Ein anderes [Mitglied dieser Arbeitsgruppe, das] im eigenen Betrieb Soziales machte, ging [in den dortigen Bereich Soziales, um zu erkunden], wie es hier mit der Verteilung von Wohnungen, mit Einkaufsmöglichkeiten, mit der Kinderunterbringung usf. bestellt ist. Sie (...) hat sich auch um Küchen- bzw. um Verpflegungsfragen - Angebot für die Kollegen, Mittagessen und dies und jenes - gekümmert. Und für den Abend habe ich dann eine Beratung [nur der Arbeitsgruppe] angesetzt. Dort wurden die ersten Ergebnisse [der Untersuchung] zusammengetragen. Und dann (...) haben wir uns eine Meinung gebildet über das, was wir gesehen und was wir diskutiert haben. Gleichzeitig haben wir jene Schwerpunkte für den nächsten Tag festgelegt, wo noch in die Tiefe zu gehen war, was noch nicht klar rausgekommen ist oder was noch untersucht werden müßte. Am ersten Tag haben wir uns global informiert und dann festgelegt, was am nächsten Tag zu tun sei. Meist sind wir vormittags oder ggf. auch den ganzen nächsten Tag noch mal in die einzelnen Bereiche gegangen. Im Anschluß daran wurde die gemeinsame Beratung mit dem Kollektiv der Leitung des Betriebes gemacht, und da konnte jeder auf dem Gebiet, welches er untersucht hatte, seine Meinung vortragen und dem Betriebsdirektor sagen, ‚Da und da ist das und das nicht in Ordnung‘ oder ‚Das und das haben wir dort gesehen, das müßte verändert werden‘ oder ‚Die Einkaufsmöglichkeiten sind unzureichend‘ etc.⁷⁸

Schon im Vorfeld der konkreten Arbeitsgruppeneinsätze gab es eine Vielzahl an (möglichen) Kontakten und (denkbaren) Kooperationspartnern. Für den eigentlichen Lokaltermin gilt entsprechendes. Dabei ist durchaus vorstellbar,

⁷⁶ Interview Nr. 34, Fraktionszugehörigkeit: FDJ/SED.

⁷⁷ Konkrete Fragen: Wie lief ein Arbeitsgruppeneinsatz vor Ort denn nun tatsächlich ab? Habe ich mir das so vorzustellen, daß die Arbeitsgruppe, wenn die sich angemeldet hatte in einem Betrieb, dort vor Ort auftrat, sich dann trennte, jeder für sich seine Arbeit machte, oder wie lief das ab?

⁷⁸ Interview Nr. 11, Fraktionszugehörigkeit: DFD.

daß an den Einsätzen nicht nur Abgeordnete teilgenommen haben. Auf die Fragen danach, wer hier alles involviert war, wurden von Abgeordneten im einzelnen benannt.⁷⁹

„Wir hatten ja einen hauptamtlichen Sekretär im Ausschuß, der für die Vorbereitung eines solchen Einsatzes zuständig war. Er hat sich dann natürlich kurzgeschlossen mit den zuständigen örtlichen Organen: mit dem Rat des Bezirkes, dem Rat des Kreises und mit den Fachorganen, die auf dem spezifischen Gebiet tätig waren. Und die Organisation an sich erfolgte dann durch die örtlichen Organe: also in dem Falle Rat des Bezirkes, Rat des Kreises oder Betrieb. Als wir beispielsweise im Rahmen von Sicherheitskonzepten in »Schwarze Pumpe« waren, wo es um Sicherheitsfragen ging, war der Kombinatdirektor unser Partner. Das heißt, wer unser Partner war, das hing immer vom jeweiligen Sachgebiet ab: Entweder der Leiter des Betriebes, der zuständig war, oder der Leiter des staatlichen Organs - Bezirk oder Kreis - jeweils für das Gebiet, das waren unsere Partner (...) oder auch z.B. der Kreisbetriebsdirektor. Auch die Bürger vor Ort spielten eine Rolle; zum Beispiel sind wir beim ZGB in die Kaufhallen gegangen, und haben dann mit den Käufern diskutiert: »Wie schätzen Sie denn das Problem der Reklamationsmöglichkeiten, der Rechte der Käufer gegenüber der HO, dem Konsum usw. ein?« Hier gab auf jeden Fall Kontakte und auch Diskussionen, und wir haben versucht, wenn wir im Bezirk waren, am Abend auch eine Veranstaltung zu machen, wo wir auch Leute eingeladen haben, um das mal zu diskutieren, diese Möglichkeit war auf jeden Fall gegeben.“

„Soweit ich das kenne, sind Kontakte von unserem Sekretär immer zu den Organen des Staates, zu Betrieben oder Gerichten hergestellt worden. Daß dann natürlich auf jeden Fall die Koordination und Abstimmung mit den Parteiorganen erfolgte, setze ich voraus, das war ja üblich: ...bei einigen Beratungen waren sie anwesend. Wenn es zum Beispiel um eine ganz spezifische Proble-

⁷⁹ Konkrete Fragen: Mit wem kooperierten Sie denn als Arbeitsgruppe des Ausschusses vor Ort. Wer alles wurde in diesen Einsatz einbezogen? Mit wem haben Sie da zusammengearbeitet, wenn Sie solche Kontrollen durchführten? Wer waren da die wichtigsten Gesprächspartner? Wie stand es denn dabei mit den einfachen Werktätigen, den Bürger vor Ort, spielten die eine Rolle? Mit wem setzte man sich denn da vor Ort auseinander, wenn solche Arbeitsgruppen in die Praxis gingen? Wenn die Arbeitsgruppenmitglieder vor Ort im Einzeleinsatz tätig waren, wurden sie da von Angehörigen der auf Schritt und Tritt begleitet, oder waren sie sich selbst überlassen? Wer waren dort die Partner, mit denen man zusammenarbeitete? Wer nahm denn an diesen Einsätzen, die ja meistens im Rahmen von Arbeitsgruppen stattfanden, alles teil, neben den Abgeordneten? Wie wurde denn bei dieser Kontrollaufgabe seitens der Volkskammerausschüsse mit den Fachabteilungen des Staatsrates, mit den vom Ministerrat angeleiteten Behörden oder mit den Abteilungen des ZK der SED zusammenarbeitet? Nahmen an diesen Kontrolleinsätzen der Ausschüsse auch wissenschaftliche Fachberater und weitere Experten teil? Welche Rolle spielten denn die Sekretariate der SED, der Kreisleitungen der SED, wenn Sie vor Ort einen Kontrolleinsatz machten. Das betraf ja zumindest indirekt auch die Arbeit der Kreisleitungen der SED. Wurden die informiert, nahmen die teil, wurden die einbezogen in die Auswertung? Wurden die SED-Leitungsgremien in diese Arbeit vor Ort mit einbezogen?

matik ging, wie etwa die Umsetzung eines Gesetzes, dann kam der Sekretär der Kreisleitung mit zur Diskussion oder auch der Erste Sekretär.⁸⁰

„Wenn ich mich beim Ratsvorsitzenden anmeldete, habe ich auch einen Brief an Ersten Sekretär diktiert. Darin stand: »Ich möchte Dich darüber in Kenntnis setzen, daß wir in der Zeit von bis im Kreis Untersuchungen machen gemäß dem folgenden Arbeitsprogramm.« Das habe ich dem alles in ein Kuvert gepackt. Dann konnte der nicht sagen, wie das so üblich war: »Na, wenn wie ihr was ohne die Partei... an der Partei vorbei... « Den hatte ich ja informiert. Und dann habe ich sehr oft erlebt, daß der sich meist am ersten Tag per Telefon gemeldet und gesagt hat: »Können wir uns heute Abend mal eine halbe Stunde treffen! Ich will mal deine Meinung zu uns hören.« Oder am zweiten Tag, je nachdem. Und habe auch erlebt, daß der in der Auswertung mit drin saß.

[Nachfrage: Aber hat er dann an der Diskussion / Auswertung teilgenommen, oder nicht?]

Meistens haben sie sich bedankt, für die konstruktiven Hinweise und so fort. Aber in Wirklichkeit ist das nicht immer alles nur so glatt gegangen. Die Ratsvorsitzenden haben uns dann auch gesagt, »Na, wir haben ganz schöne Wichse gekriegt im Sekretariat. Die haben euren Bericht ausgewertet, da haben wir ganz schön [,was zu hören bekommen?].« So sollte es aber nicht sein. Eigentlich sollte nur die Wahrheit [berichtet werden]. Wir haben ja auch nicht bloß Scharfrichter gespielt, sondern wir haben - eigentlich schon vor der Linie, die dann kam - auch das Positive herausgestellt. Wir haben eigentlich schon immer so gearbeitet, daß wir gesagt haben: »Paßt auf, wir sagen euch auch mal, was uns gefallen hat; was wir woanders hin mitnehmen aus dem Kreis...« Da habe ich viele Male gesagt, »Wir waren vor einem Vierteljahr dort und dort, also Freunde, das müßt ihr euch mal angucken, wie die Eingaben führen, mit dem Buch, und das kontrolliert wird usw. Könntet ihr euch mal angucken.« Bloß so als Hinweis. Wenn die das nicht gemacht haben, dann haben wir es ihnen auch nicht einreden können. [Zumindest,] wenn es kein Verstoß gegen das Eingabengesetz darstellte. Wir sind also nicht bloß draußen rumgerannt, wie die, die immer alles besser wissen.«⁸¹

„Nicht mit den Parteiinstitutionen. Im Regelfall war jemand von der Kreisleitung mal mit da, aber der Ansprechpartner für die Ausschüsse, für die Abgeordneten, waren keinesfalls die Parteiorganisationen, sondern grundsätzlich die staatlichen Leitungen.⁸²

Im Bereich der Jugendpolitik „saßen dann entweder der Bürgermeister selber oder aber sein Vertreter am Tisch. Aber natürlich auch Vertreter der örtlichen Volksvertretung und der örtlichen Betriebe. (...) Es wurde das vorbereitende Gespräch geführt, wohin man gehen will, was wir uns ansehen wollen, was wir unbedingt in Augenschein nehmen müssen, mit wem wir spre-

⁸⁰ Interview Nr. 51, Fraktionszugehörigkeit: DBD.

⁸¹ Interview Nr. 24, Fraktionszugehörigkeit: FDGB.

⁸² Interview Nr. 23, Fraktionszugehörigkeit: NDPD.

chen wollen vor Ort. Und hinterher wurde auch eine Auswertung vorgenommen. Und auch die Werktätigen oder Vertreter der Werktätigen waren immer dabei. Nicht nur der Leitungen, sondern Vertreter von Brigaden und der gleichen mehr.⁸³

„Neben den Abgeordneten, das zuständige Ratsmitglied, manchmal der Oberbürgermeister, je nach dem. Manchmal der Ratsvorsitzende, der uns empfangen und auf den Weg geschickt hat, und der dann wieder die Auswertung mitgemacht hat. Wir waren ja fast in jedem Bezirk.⁸⁴

Wer die im Einzeleinsatz vor Ort befindlichen Arbeitsgruppenmitglieder seitens der Kombinars- oder Betriebsleitung begleitete, „das war unterschiedlich. Meistens war ein Meister mit dabei. Es ist auch möglich gewesen, daß ein Mitarbeiter vom Sekretariat der Volkskammer mit [von der Partie] war. Denn wir hatten ja auch immer Mitarbeiter des Sekretariats dabei, denn die mußten ja auch organisieren. Das war also unterschiedlich und wurde nicht festgelegt, sondern das kam so impulsiv raus: »Ich gehe dort mit, oder ich gehe dort mit.« Es war auch möglich, daß ein Kollege des Betriebs, ggf. ein Abteilungsleiter, mit dabei war. Aber wir hatten auch freie Möglichkeiten.⁸⁵

Je nachdem was notwendig war, wurden Mitarbeiter dieser Institutionen [gefragt wurde nach den Fachabteilungen des Staatsrates, den vom Ministerrat angeleiteten Behörden und den Abteilungen des ZK der SED] mit einbezogen in die Arbeitsgruppenarbeit. Sie wurden dann einbezogen, wenn wir der Ansicht waren, es wäre für uns hilfreich, wenn wir die Mitarbeiter dieser Institutionen gleich dabei haben. (...) Das lag in unserer Entscheidung. Und ich sagte schon, daß ich bei meinen persönlichen Diskussionen, die ich sehr oft mit Fabrikdirektoren usw. geführt habe, von vornherein eigentlich immer einen Mitarbeiter vom ZK, [Abteilung] Gesundheitswesen, dabei hatte, damit der gleich aktuell die Probleme vor Ort sieht. Wie er sie dann verarbeitet hat, das war dann seine Sache. Aber ich wollte nicht, daß ich berichtete, sondern daß er gleich an Ort und Stelle sieht, welche Probleme gibt es, und mit welchen Problemen die draußen zu kämpfen haben. Denn ich könnte mir vorstellen, daß das auch nicht immer zentral bekannt war.⁸⁶

Vertreter des ZK „sind sowieso immer dabei gewesen. Es gab keinen Ausschuß, wo nicht ein Mitarbeiter der ZK-Abteilung dabei war. Wenn wir etwas brauchten, beispielsweise einen BGL-Vorsitzenden oder andere Gewerkschaftsvertreter, dann habe ich veranlaßt, daß der BGL-Vorsitzende in die offizielle Kontrollkommission [gemeint ist hier die Arbeitsgruppe] kam.⁸⁷

Wenn es vor Ort um Betriebe ging, so haben wir „mit den Gewerkschaften, in den Arbeitskollektiven, mit den Fachbereichen gesprochen, und [diese Ge-

⁸³ Interview Nr. 46, Fraktionszugehörigkeit: SED/FDJ.

⁸⁴ Interview Nr. 45, Fraktionszugehörigkeit: KB.

⁸⁵ Interview Nr. 11, Fraktionszugehörigkeit: DFD.

⁸⁶ Interview Nr. 3, Fraktionszugehörigkeit: CDU.

⁸⁷ Interview Nr. 38, Fraktionszugehörigkeit: FDGB.

sprache] hinterher ausgewertet. Ich hab auch meistens ein internes persönliches Gespräch mit dem Werk- oder Kombinatdirektor gehabt, um das mitzukriegen, was er sonst nicht sagen konnte. (...) Also mit den Fachleuten, und dann sind wir an die Arbeitsplätze gegangen. (...) [Bei Einsätzen im] Territorium hatten wir grundsätzlich die Vertreter der Städte oder des Kreises dazu eingeladen. (...)

[Nachfrage: Welche Rolle spielten dabei Vertreter der Ministerrates oder anderer wichtiger zentraler Instanzen. Waren die in den Arbeitsgruppen mit vertreten?]

Nur wenn wir sie eingeladen hatten. Die konnten also nicht ohne unsere Einladung dort mit erscheinen. Aber wir haben dann mitunter, es kam auf die Themenstellung an, die Berichte zugeordnet. Und wenn wir das im Ausschuß ausgewertet haben, dann haben wir Vertreter vom Ministerrat mit dazu eingeladen. Und es hat auch manchmal ein Minister dazu Rede und Antwort gestanden.

[Nachfrage: Es gab ja daneben auch noch „professionelle Kontrollinstitutionen“, wie etwa die Arbeiter- und Bauerninspektion. Hatten sie dazu irgendwelche Kontakte?]

Mit denen haben wir uns konsultiert und haben uns auch ständig Vertreter der gesellschaftlichen Organisationen - Frauenausschuß, FDJ-Leitung, die hatten wir grundsätzlich in den Betrieben - mit dazugenommen. (...) Und wenn wir wußten, da tangieren wir mit Kontrollaufträgen in der ABI, dann haben wir die dazu genommen. Aber wir haben keine Aufgaben der ABI gemacht. Das stand uns nicht zu.⁸⁸

Die Atmosphäre während der Arbeitsgruppeneinsätze vor Ort haben die Abgeordneten überwiegend positiv in Erinnerung. Das mag nicht zuletzt auch auf spezifische Erwartungshaltungen ihrer örtlichen Ansprechpartner zurückzuführen sein. Wichtige Aspekte dieses Bereichs der operativen Arbeit erschließen die folgenden Zitate:⁸⁹

„Nein, keinesfalls [wurden uns Steine in den Weg gelegt]! Und ich habe auch nicht den Eindruck gehabt, daß wir dort als unbeliebte Gäste tätig waren, sondern wir wurden immer gut von der Leitung oder Generaldirektor empfangen. Auch die Hinweise und Informationen wurden uns freimütig gegeben.“⁹⁰

„Wir wurden immer mit Aufmerksamkeit empfangen. Und da gab es auch überhaupt keine Bedenken. Wir kriegten über alle Schwierigkeiten, die man

⁸⁸ Interview Nr. 52, Fraktionszugehörigkeit: SED.

⁸⁹ Konkrete Fragen: Wie war eigentlich die Atmosphäre während der Arbeitsgruppeneinsätze. Wurden Ihnen innerhalb der operativen Einsätze Steine in den Weg gelegt? Wie ist zu erklären, daß jemand, den man kontrolliert und dem das unangenehm sein müßte, daß der auch noch Sachen aufgedeckt? Wie ist diese Offenheit zu erklären? Mit welcher Erwartungshaltung begegneten eigentlich die Leute vor Ort den Arbeitsgruppen der Volkskammer?

⁹⁰ Interview Nr. 11, Fraktionszugehörigkeit: DFD.

vor Ort hatte, die entsprechende Information; weil es ja nicht einfach war, ein Gesetz umzusetzen.“⁹¹

„Meistens haben die Generaldirektoren auch vorgetragen, wo ihnen der Schuh drückte; das heißt, wo sie in ihrem Ministerium nicht weiterkamen. Das haben sie uns dann vorgetragen und als einen Mangel dargelegt, der sich nachteilig auf die Weiterentwicklung des Betriebes auswirke. (...) Und die wußten, wenn sie uns das vorgetragen hatten, daß wir uns da auf alle Fälle darum kümmern werden.

[Nachfrage: Und haben Sie den Eindruck, daß das auch was bewegte?] Ja, dann haben wir uns den Minister ‘ranzitiert’.

[Nachfrage: Also, waren die Abgeordneten so eine Art zweite Strecke, über die Betriebsleiter ihre Probleme lösen konnten?]

Naja, so nebenbei. (...) Wie gesagt, wenn wir dieses und jenes kritisiert haben, dann haben sie gesagt: ‘Ja, das liegt daran, weil uns das Ministerium uns dies und jenes nicht gestattet hat!’, und dann konnten wir das zusammen aufgreifen.“⁹²

„Wir haben uns mehrere Betriebe in der Region Lößnitz-Linken angesehen, und ein andermal waren wir im Harzer Raum, um ... die Region [kennenzulernen]. (...) Wir haben mehrere Betriebe besucht. Dort haben die uns praktisch dann auch ihre Sorgen und Nöte mitgeteilt, die wir dann mit nach Berlin in die [Volks-]Kammer getragen haben. Und natürlich haben die Betriebsleiter oder auch die Leute, die direkt in der Produktion gearbeitet haben, gehofft, daß sich was ändert. Bloß, dazu waren wir natürlich gar nicht in der Lage.“⁹³

„Jeder Ausschuß hat Arbeitsgruppen gehabt. Wir haben beispielsweise in Staßfurt die Durchsetzung der neuesten Technik-Generation untersucht, und welche Probleme damit verbunden waren. Es waren meistens auch planungstechnische Bilanzprobleme, die wir mitgenommen und mit den Ministerien ausdiskutiert haben. Meistens haben wir dann auch Lösungen für die Betriebe gefunden. Die Betriebe waren schon daran interessiert, daß leistungsstarke Gruppen kommen, weil über diese Gruppen doch eine ganze Reihe [an Problemen] gelöst wurden.“⁹⁴

„Wichtiger war, daß (...) es in der Landwirtschaft zu mindestens nicht immer (...) Spitzenbetriebe waren, wo alles so schön und so sonnig war, das war es auf keinen Fall. Es waren auch oft Betriebe dabei, die wirtschaftlich nicht so gut gestanden haben, die von den Arbeitsgruppen untersucht wurden. (...) Das waren, so hab ich das miterlebt, in den meisten Fällen Untersuchungen, die den Betrieben auch wirklich geholfen haben. Also nicht, daß man sie kaputtmachen oder irgendwelche Personalveränderungen vornehmen mußte. Das war nicht

⁹¹ Interview Nr. 46, Fraktionszugehörigkeit: SED/FDJ.

⁹² Interview Nr. 11, Fraktionszugehörigkeit: DFD.

⁹³ Interview Nr. 26, Fraktionszugehörigkeit: DBD.

⁹⁴ Interview Nr. 52, Fraktionszugehörigkeit: SED.

unsere Aufgabe und das haben wir auch nicht gemacht. Aber es waren in den Ausschüssen dann die Protokolle zu fertigen (...) von diesen Ausflügen in die Praxis. Und die Protokolle wurden dann, bevor sie abgegeben wurden, noch mal eingesehen. Und da kam es dazu, daß unliebsame Formulierungen herausgestrichen worden sind, wie beispielsweise Forderungen nach mehr Technik. (...) Das war mit der Aufhänger Nr. 1, und das wurde dann immer geschönt. Die Art, wie das geschrieben war, war immer die des Ausschußsekretärs. Aber der hatte Instruktionen, die vom Präsidium der Volkskammer kamen; aber letztlich waren das dann sicherlich die Ministerien, die da mit beauftragt wurden, und die haben dann die Hände über dem Kopf zusammengeschlagen (...)

Ich will mal ein Beispiel erzählen: Da wurden aus der Sowjetunion Traktoren importiert, das waren riesige Glocker. Und die dazu notwendigen Gerätschaften, die hatten wir nicht. Was sollen wir mit so etwas, wenn das andere nicht nachkommt? Was will ein Bauer ohne Pflug? (...) Das haben wir dann angemahnt. Dann wurde da oftmals so zurückgestoßen: »Nanu, wir bemühen uns, aus Freundesland etwas zu bekommen; die brauchen die Technik sicherlich auch, und du fängst an zu meckern.« Das war dann zum Teil auch unangenehm.⁹⁵

Nachdem die Situation vor Ort durch die einzelnen Mitglieder der Arbeitsgruppe in Augenschein genommen worden war, erfolgte eine erste zusammenfassende Bewertung der so gewonnenen Eindrücke. Auf dieser Grundlage nahmen die Abgeordneten noch vor ihrer Abreise eine Lagebeurteilung vor. Dort sind, teils sehr gezielt, bereits konkrete Hinweise und Empfehlungen zu wünschenswerten Änderungen ausgesprochen worden, die später in entsprechende Berichte einfließen. Dabei darf nicht übersehen werden, daß die Arbeitsgruppen über keinerlei (unmittelbare) Exekutiv- bzw. Entscheidungskompetenz verfügten. Allerdings konnten sie im Spiel über die Bande' durchaus beachtliche Anstöße geben. Der entsprechende Verlauf und mögliche Konsequenzen werden von den Parlamentariern folgendermaßen beschrieben:⁹⁶

Direkt vor Ort „konnten wir nur Hinweise geben und Empfehlungen aussprechen, wie etwas zu verändern sei. Dann haben wir die Ergebnisse der Arbeitsgruppenuntersuchung im Ausschuß vorgetragen, mit der Empfehlung, dort, wo unsere Hinweise nicht beachtet wurden, beispielsweise über das Mi-

⁹⁵ Interview Nr. 31, Fraktionszugehörigkeit: DBD.

⁹⁶ Konkrete Fragen: Wenn Sie die erste Zusammenfassung mit der Belegschaft machten, waren da schon erste Veränderungen angesprochen worden? Wirkte sich das aus, was sie dort besprochen haben, und wie ging's dann weiter? Wer wurde denn alles damit befaßt, um etwas zu ändern? Wurde auch die Belegschaft direkt in die Veränderung vor Ort mit einbezogen? Hatten die Arbeitsgruppen über die reine Kontrolltätigkeit hinausgehende Befugnisse, wie etwa direkt vor Ort auch schon eingreifen zu können? Zu welchem Zeitpunkt, und in welcher Weise waren beispielsweise Vertreter von untersuchten Betrieben etc. in die Aktivitäten der Ausschüsse einbezogen? Haben sie an Ausschußsitzungen teilgenommen?

nisterium für Gesundheitswesen entsprechende Veränderungen zu veranlassen.“⁹⁷

„Wenn wir unseren vorläufigen Abschlußbericht dort vorgetragen ... und unsere Meinung zum Betrieb gesagt haben, dann konnten wir noch keine Veränderungen erwarten, sondern es ging dann erstmal nach Berlin. Ich hatte dann den Auftrag, den [endgültigen] Bericht zu erstellen. Das heißt, ich habe dann von meinen [Arbeitsgruppenmitgliedern] verlangt, daß sie mir schriftlich mitteilen, was sie festgestellt haben und was sie unbedingt sagen möchten. Und das habe ich dann in Form eines Berichtes zusammengefaßt, und dann ging es nach Berlin. [In der entsprechenden Ausschußsitzung, zu welcher] dann die Kombinatleitung eingeladen war, habe ich meinen Bericht vorgetragen. [Auch die weiteren Arbeitsgruppenmitglieder habe ich] darum gebeten, nochmals ihre eigene Meinung vorzutragen. Das wurde dann alles dem Generaldirektor oder dem Kombinatdirektor gesagt und übergeben. Und dann sind wir nach einem halben, dreiviertel oder ganzen Jahr noch mal hingereist, und haben dann versucht zu kontrollieren, ob das, was wir kritisiert hatten, auch durchgeführt wurde.“⁹⁸

„Es kam auf die Problemstellung an, auf das was wir dort vorgefunden hatten. Es gab ja auch viele Unzulänglichkeiten, wo man keine zentralen Beschlüsse brauchte: Ob das nun die Nachtschichtversorgung war, oder die Bilanzierung durch das Territorium oder andere Fragen. Dazu hatten wir ja dann die entsprechenden Empfehlungen, keine Festlegungen, sondern Empfehlungen getroffen. Wir hatten ja keine Gesetzeskraft in dem Moment. Und die von uns getroffenen Empfehlungen haben wir kontrolliert. Und wir haben dann auch die Vertreter von den Betrieben und Territorien auch vor der Berichterstattung in den Ausschuß nach Berlin eingeladen. (...)

Überall wurde auch die Belegschaft direkt vor Ort mit in die Veränderung einbezogen, indem wir bei Themen der Auswertung die Vertreter der Kollektive alle mit eingeladen hatten. Da haben wir schon Wert drauf gelegt.“⁹⁹

„Keine Arbeitsgruppensitzung ging zu Ende, ohne daß wir an Ort und Stelle unsere Meinung gesagt haben. (...) Eine Auswertung, wo die Presse dabei war; manchmal nur ADN, aber manchmal auch die regionale Presse. Und dann gab es in vielen Fällen, beispielsweise in Fragen des Städtebaus, meistens noch die Festlegung, daß wir in 2 Jahren wiederkommen und das weiter verfolgen.“¹⁰⁰

Vertreter von untersuchten Betrieben „haben dann hinterher [an Sitzungen des Ausschusses] teilgenommen. Die haben wir uns hinterher als Gast eingeladen, wenn wir unseren Bericht [über die Untersuchung] des Betriebes vor-

⁹⁷ Interview Nr. 3, Fraktionszugehörigkeit: CDU.

⁹⁸ Interview Nr. 11, Fraktionszugehörigkeit: DFD.

⁹⁹ Interview Nr. 52, Fraktionszugehörigkeit: SED.

¹⁰⁰ Interview Nr. 45, Fraktionszugehörigkeit: KB.

legten. Dann waren der Betriebsdirektor oder der Generaldirektor zu der jeweiligen Ausschußsitzungen eingeladen.¹⁰¹

Wir haben dann auch, wenn wir solche Einsätze ausgewertet haben, die Ratsvorsitzenden der Kreise oder [die] Oberbürgermeister als Gäste mit dazu eingeladen, so daß sie ... über das ... Ergebnis ... Bescheid wußten. Und das wurde ... schon ernst genommen.¹⁰²

Zusätzlich in Ausschußsitzungen „eingeladen wurden vor allen Dingen Leute, beispielsweise Werkleiter oder Gewerkschaftsfunktionäre aus den Bereichen, wo Untersuchungen durch die Abgeordneten der Volkskammer, also dieses Ausschusses, stattgefunden hatten. Die wurden dann sozusagen zur Bekräftigung der Auffassung, die dann der Ausschuß bzw. die Arbeitsgruppe des Ausschusses vertreten wollte, noch hinzugeladen. Das war überhaupt so. Die Ausschüsse setzten sich ja am Ende nicht nur aus den Volkskammerabgeordneten zusammen, sondern sie waren zu 30 bis 40% auch noch besetzt mit Leuten, die in die Ausschüsse berufen wurden, obwohl sie nicht Mitglieder der Volkskammer waren. Die kamen dann aus dem Wirkungsbereich, des zu untersuchenden Gebietes oder des zu untersuchenden Themas.“¹⁰³

Es kam schon zum Ausdruck, dass über die Arbeitsgruppeneinsätze entsprechende Berichte abgefaßt worden sind. Wie man dabei konkret mit diesen Berichten verfuhr, wer - außer dem Präsidium der Volkskammer und dem jeweils zuständigen Ministerium - deren Adressat sein konnte, und welche möglichen weiteren Entwicklungen daran geknüpft waren, schildern die Abgeordneten so:¹⁰⁴

„In den Ausschußsitzungen wurden Gesetzesvorlagen oder Einsätze des Ausschusses ausgewertet. Dabei wurde diskutiert, wie sich die Gesetze vor Ort auswirken: Also beispielsweise das Recht auf Bildung, das Recht auf Freizeit und Erholung oder das Recht auf Wohnung. Dies wurde ja direkt draußen im Werk mit Jugendlichen diskutiert: »Welche Probleme gibt es?«, »Was ist umgesetzt worden?«, »Wie sieht es beispielsweise mit Jugendclubhäusern aus?«, »Wie ist die Jugend in den Städten betreut?«, »Welche Möglichkeiten hat die Jugend, um kulturelle Angebote zu nutzen?«, »Was wird in den Städten getan?« Das war für mich außerordentlich lehrreich. Weil es ja dazu auch einen

¹⁰¹ Interview Nr. 11, Fraktionszugehörigkeit: DFD.

¹⁰² Interview Nr. 10, Fraktionszugehörigkeit: CDU.

¹⁰³ Interview Nr. 2, Fraktionszugehörigkeit: FDGB.

¹⁰⁴ Konkrete Fragen: Wer bekam eigentlich alles einen Abschlußbericht der Arbeitsgruppe? Die Adressaten dieser Einschätzung und Bewertungen waren ja meistens dann Betriebe oder Einrichtungen von außerhalb. Bekamen die dann etwas davon mit oder ging das über den Ministerrat oder wie wurde das sonst umgesetzt? Gab es irgendwelche Rückmeldungen darüber, daß die Empfehlungen des Ausschusses etwas bewirkt haben? Wurden die Ergebnisse, die Analysen der Arbeitsgruppen erbracht hatten veröffentlicht? Was konnte man eigentlich durch die Auswertung bewirken? Sie schrieben ja dann einen Bericht über den Arbeitsgruppeneinsatz und der Ausschuß insgesamt dann einen Analysebericht, wo auch - wie ich annehme - auf Mißstände hingewiesen wurde, wie ging das dann weiter? Welche Wirkungen zeigte dann der Bericht?

Jugendgesetz gab. Aber wie wurde das nun [jeweils konkret] umgesetzt? (...) Dazu wurde ein Bericht verfaßt. Den Bericht nahmen alle dann... Entweder haben sie noch opponiert dagegen und haben Veränderungen gewünscht und gesagt, »Also so war das nicht«. Aber in der Regel war der Bericht unser aller Meinung. Der Bericht ging dann direkt an die Fraktion. Und die Fraktion hat ihn meiner Meinung nach ans Präsidium der Volkskammer weitergereicht.»¹⁰⁵

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppeneinsätze „wurden in Berichte gefaßt. Erst haben wir [vor Ort] eine mündliche Auswertung gemacht, dann hat der Betrieb das schriftlich bekommen, das Territorium hat es bekommen und der zuständige Minister hat es bekommen.“¹⁰⁶

„Die Arbeitsgruppen haben sich einzelne Projekte ausgesucht, wo also die Durchführung des Gesetzes besonders zutraf. Angenommen es gab ein Gesetz, das sich mit der Braunkohle befaßte, dann fuhr nach einem bestimmten Zeitraum eine Abgeordnetengruppe des Wirtschaftsausschusses zur »Schwarzen Pumpe« und hat dort alle Fragen von der Wirtschaftlichkeit über Rationalisierung bis zu den sozialen Bedingungen und Kindergärten, sprich den Gesamtkomplex eines Gesetzes überprüft. (...) Die Arbeitsgruppe hat dann Bericht erstattet, und daraufhin hat der Ausschuß entweder gesagt, wir empfehlen in dieser Frage, da muß der Minister hierher kommen, oder aber, da die Sache so gravierend ist, schlagen wir dem Präsidium der Volkskammer vor, den Minister vorm Plenum Bericht erstatten zu lassen.“¹⁰⁷

„Der Eingabenausschuß war schon ein bißchen Kontrollorgan. Der Ministerrat wußte, daß ihm dort jemand ein bißchen im Nacken sitzt und das wurde auch ernst genommen. Und ansonsten haben wir dann in Form der Analysen, der Schlußfolgerungen, auch der Berichte über unsere Einsätze immer wieder versucht, auf die Eingabenbearbeitung in den örtlichen Volksvertretungen - Bezirkstage, Kreistage - Einfluß zu nehmen.“¹⁰⁸

„Soweit ich weiß, ging der Bericht einmal an das zuständige Ministerium, das für diesen konkreten Sachverhalt zuständig war. Wir haben versucht, dem zuständigen Minister oder seinem Stellvertreter bei einer der nächsten Beratungen eine Einschätzung abzufordern, oder zu sagen, wir möchten gern eine Antwort auf dieses spezifische Problem aus Sicht der staatlichen Leitung haben. Soweit ging auf jeden Fall die Möglichkeit.“

[Nachfrage: Hat sich das auch in Veränderungen niedergeschlagen, etwa innerhalb der Gesetzgebung oder der Verordnungstätigkeit oder der Praxis des Verwaltungsapparates?]

¹⁰⁵ Interview Nr. 46, Fraktionszugehörigkeit: SED/FDJ.

¹⁰⁶ Interview Nr. 52, Fraktionszugehörigkeit: SED.

¹⁰⁷ Interview Nr. 21, Fraktionszugehörigkeit: SED.

¹⁰⁸ Interview Nr. 10, Fraktionszugehörigkeit: CDU.

Soweit das unterhalb dieser Situation Macht und Durchsetzung der Macht [lag], war es auf jeden Fall möglich, das zu erreichen: und es ist auch erreicht worden in einigen Fällen.¹⁰⁹

Nachdem „wir die Einsätze durchgeführt haben, gingen dann die Berichte an den zuständigen Minister, und ich hatte auch mit einigen Ministern dann hinterher persönlichen Kontakt zur Klärung von bestimmten Fragen.“¹¹⁰

Es gab Rückkopplungen in dem Sinne, wenn wir verlangt haben, das und das möchte uns mitgeteilt werden, wenn es verändert wäre, das hat es mehrfach gegeben. Und da mußte das Ministerium uns Stellungnahmen zukommen lassen. Das wurde mit Termin festgelegt, bis dann und dann hatte das Ministerium uns Auskunft zu geben, was da und da verändert wurde.

[Nachfrage: Und das erfolgte immer?]

Das erfolgte, wehe nicht!

[Nachfrage: Was wäre dann passiert?]

Dann haben die weitere Kritik einstecken müssen und dann ging das höher, beispielsweise an den Präsident der Volkskammer. Und wenn das dann von dort aus kam, und der Willi Stoph, damals Ministerpräsident, der kriegte das dann auch mit, und dann hat der - dem einzelnen Minister - aber Feuer gemacht.¹¹¹

Wie wir wissen, erfolgte nach einem gewissen Zeitraum durch Mitglieder der Arbeitsgruppen ein weiterer operativer (Kontroll-)Einsatz. Gemäß offiziellem Sprachgebrauch handelte es sich dabei um die sog. »Nachkontrolle«. Sie hatte den Zweck zu überprüfen, ob die beim ersten Arbeitsgruppeneinsatz ausgesprochenen „Empfehlungen“ von den entsprechenden örtlichen „Leitungsorganen“ auch tatsächlich umgesetzt worden sind. Die befragten Abgeordneten geben dazu an:¹¹²

„Wir haben dann nach einiger Zeit auch kontrolliert, was umgesetzt wurde; und zwar wieder mit Arbeitsgruppen. Dabei sind wir zur Kontrolle raus und haben dieses und jenes zu erforschen versucht. Beispielsweise haben wir auch hier in ESDA Thalheim kontrolliert, was auf Grund des beschlossenen Gesetzes sich im Betrieb verändert hat.“¹¹³

„Wir haben Nachkontrollen gemacht. Das heißt, im Abstand von gewissen Zeiten sind wir hin, und haben diese Fragen nachkontrolliert.“

„Wir haben meistens nach einem oder nach zwei Jahren (...) einen Kontrollbesuch gemacht, um herauszufinden, was aus unseren Anregungen, die wir - in Stralsund, Rostock oder Schwerin - an Ort und Stelle gegeben haben, geworden ist. Als wir mit Arbeitsgruppen vor Ort waren haben wir natürlich Emp-

¹⁰⁹ Interview Nr. 51, Fraktionszugehörigkeit: DBD.

¹¹⁰ Interview Nr. 52, Fraktionszugehörigkeit: SED.

¹¹¹ Interview Nr. 11, Fraktionszugehörigkeit: DFD.

¹¹² Konkrete Fragen: Erfolgte eigentlich eine Nachkontrolle, ob die aufgrund der Untersuchungen ausgesprochenen Empfehlungen tatsächlich auch umgesetzt worden sind?

¹¹³ Interview Nr. 11, Fraktionszugehörigkeit: DFD.

fehlungen ausgesprochen. [Beim Kontrolleinsatz stellten sich uns etwa folgende Fragen:] »Was ist aus den Empfehlungen geworden?«, »Sind die umgesetzt?«, »Wie steht der Rat des Bezirkes (Abt. Kultur) dazu?«, »Was hat der Rat veranlaßt, um die Vorschläge [umzusetzen]?«.¹¹⁴

„Und wir hatten gesagt, und da waren die Ausschußmitglieder eigentlich alle sehr dafür nach anfänglichem Zögern, wir wollen uns das angucken, wie das Leben wirklich läuft. Und, wollen auch - bitte schön - sehr kritisch werden dabei. Wir haben zum Beispiel später dann auch Eingaben, die an den Staatsrat gerichtet wurden, uns - wenn wir in einen bestimmten Kreis oder eine bestimmte Stadt gegangen sind, um dort diese Arbeit mit den Eingaben zu überprüfen - aufgearbeitet geben lassen, und haben nachkontrolliert; und [wir] sind manches Mal darauf gestoßen, daß dem Staatsrat gegenüber [von den örtlichen Organen - S.E.] Erledigungsvermerke gegeben wurden für eine Eingabe, die an ihn gerichtet gewesen war, die in der Praxis noch gar nicht erledigt war.“¹¹⁵

Im Rahmen ihrer Arbeitsgruppentätigkeit mußten die Abgeordneten nicht zuletzt eine Entscheidung darüber treffen, wie profund sie - bei ihren operativen Kontrolleinsätzen - im Einzelfall vorgehen wollten. Das findet in den Äußerungen der Abgeordneten ebenso seinen Niederschlag, wie bestimmte Tabuzonen, die der operativen Tätigkeit von Arbeitsgruppen klare Grenzen setzten:¹¹⁶

„Die Arbeitsgruppe hat ein gezieltes Thema gehabt. Sie ist raus mit ordentlichen Voranmeldungen und allem, was dazu gehört, und hat ihr Programm abgearbeitet. Das waren ja thematische Kontrollen, also keine Zufallsdinge. Und dabei waren es allen vorbehalten, bis an die Wurzel zu gehen, wenn es sein mußte. Mir hat nie jemand Vorschriften gemacht, daß ich dieses oder jenes nicht kontrollieren darf. Wenn ich mal den Chef der Volkspolizei sprechen wollte, dann hat der mich empfangen, genauso wie der Geistliche, mit dem ich mal in Großenhain einige Probleme besprechen wollte. Mir persönlich ist es nie passiert, daß es jemand abgelehnt hat, mit mir ins Gespräch zu kommen; auch wenn ich thematische Prüfungen aus meiner Sicht machen wollte.“¹¹⁷

„Ich darf hier ein Problem nennen: Wir waren für Staat und Recht zuständig, für Rechtsfragen. Wir hatten uns immer bemüht, mal Einblick in den Strafvollzug zu bekommen, aber das haben wir nicht erreicht. Diese Möglichkeit blieb uns verwehrt. Wir hatten mal angestoßen, in eine Strafanstalt zu kommen, aber das wurde immer wieder abgeblockt; wir sind nie hineingekommen.

¹¹⁴ Interview Nr. 45, Fraktionszugehörigkeit: KB.

¹¹⁵ Interview Nr. 29, Fraktionszugehörigkeit: LDPD.

¹¹⁶ Konkrete Fragen: Welche Bereiche, welche Themen waren denn eigentlich eher tabu für die Kontrolleinsätze der Arbeitsgruppe? Was war denn nicht zu kontrollieren durch Arbeitsgruppen und Ausschüsse, welche Bereiche, welche Politikfelder, welche Gremien standen außerhalb der Kontrolle? Wie war das eigentlich mit der Kontrolle: Was konnte man als Abgeordneter oder als Arbeitsgruppe des Ausschusses eigentlich kontrollieren, wen konnte man kontrollieren und wen nicht?

¹¹⁷ Interview Nr. 15, Fraktionszugehörigkeit: SED.

[Nachfrage: Wie wurde das erklärt?]

Das sei nicht opportun; wozu auch, das sei eine Sache, die sowieso geklärt ist. Das war zum Beispiel ein Problem, wo es auch um Machtfragen ging. Hauptsache, es wird nicht von innen gesehen; und das, obwohl wir uns für die Eingliederung eingesetzt haben, und natürlich mit vielen Problemen zu tun hatten, wenn es um Wiedereingliederung von straffällig gewordenen Bürgern ging. (...) Wir hatten dann auf jeden Fall (...) konkrete Verbindungen zu den Sicherheitsorganen, Polizei und Gerichte, sowie Kontakte in der Umsetzung, wie das jetzt konkret organisiert wird: Die Wiedereingliederung eines Straffälligen gemeinsam mit den örtlichen Organen, der Polizei usw.¹¹⁸

„Wir haben heiße Eisen an sich bewußt angepackt. Ich würde nicht sagen, wir sind der Sache aus dem Weg gegangen. Die Buchproduktion wurde immer schwieriger, und die Frage Ast Leipzig noch Buchstadt? Was muß getan werden, damit die Buchmesse in Leipzig sich weiter international behauptet« war ein Thema, natürlich ein heißes Eisen. Und (...) ich kann eigentlich nicht sagen, was wir ausgeklammert hätten.¹¹⁹

Den Abschluß ausgewählter Interviewpassagen bilden einige wenige Praxisbeispiele operativer Arbeitsgruppeneinsätze, an denen die befragten Abgeordneten persönlich beteiligt waren. Auf die Frage nach konkreten Arbeitsgruppeneinsätzen, die ihnen noch gut erinnerlich sind, und deren jeweiligem Ergebnis, führten sie beispielsweise aus:¹²⁰

„Im Volksbildungsausschuß haben wir sehr intensiv gearbeitet, (...) nicht nur innerhalb der [Ausschuß-]Sitzungen in Berlin, sondern auch in Arbeitsgruppen. Ich habe zum Beispiel an Arbeitsgruppeneinsätzen in Leuna und in Buna teilgenommen, wo wir die überbezirkliche Berufsausbildung studiert haben. [Dabei sollte überprüft werden,] ob es sich lohnt, daß Mecklenburger in Halle ausgebildet werden: In Halle gab's nämlich keine Kinder, wohingegen es in Mecklenburg zwar Kinder, aber keine Lehrstellen gab; und da wurden ja ausgetauscht. Wir sind nach mehreren Einsätzen und Prüfungen zu der Überzeugung gekommen, daß das nichts gebracht hat. Wir haben dieses Gesetz außer Kraft setzen lassen, weil die Kinder hier als Chemiefacharbeiter ausgebildet wurden, und dann nach Neubrandenburg gingen, um dort bei der Post zu arbeiten. Folglich war es eine sinnlose Ausbildung insofern, als die Facharbeiter nicht in Leuna, Buna, Merseburg oder in Böhlen geblieben sind.¹²¹

„Nehmen wir zum Beispiel die Schaffung von Jugendclubs: die mußten ja auch bezahlt werden. Jugendclubs hatten ja auch ihre Probleme, etwa mit Getränken. Es war festgelegt, daß es keinen Alkohol im Jugendclub gibt. Und die machten sich also 'nen Kopf: »Wie können wir die Jugend vor Ort halten«,

¹¹⁸ Interview Nr. 51, Fraktionszugehörigkeit: DBD.

¹¹⁹ Interview Nr. 45, Fraktionszugehörigkeit: KB.

¹²⁰ Konkrete Fragen: Können Sie konkrete Beispiele von Arbeitsgruppeneinsätzen benennen, an denen Sie persönlich mitgewirkt haben? Und was kam dabei heraus?

¹²¹ Interview Nr. 15, Fraktionszugehörigkeit: SED.

»Was brauchen wir an Geldern?«, »Wie hilft uns der Rat der Stadt oder die örtliche Einrichtung?«, »Mit welchen Schwierigkeiten hat der Jugendclub, die Leitung des Jugendclubs zu kämpfen?« Das alles wurde da ziemlich offen ... diskutiert. Ob man da als Abgeordneter der Volkskammer auch helfen, etwas verändern oder bewegen konnte, das ist schwierig zu sagen. Auf jeden Fall wurde das, was noch nicht umsetzbar war, nach oben gegeben, daran kann ich mich erinnern. (...) Aber, ich meine, ich könnte jetzt nicht rekapitulieren, wie viele Jugendclubs am Ende in der DDR existiert haben. Aber es ging ja mit den Jugendclubs vorwärts. Und entsprechend notwendig war die Einstellung der staatlichen Organe, wie auch zum Sport. Und über diese Untersuchungen hat man zweifelsohne eine ganze Menge erreicht.¹²²

Wir haben auch Arbeitsgruppeneinsätze in Kaufhäusern durchgeführt. (...) Zum Beispiel waren wir mal im Kaufhaus am Ostbahnhof: Die Leutchen dort waren unzufrieden. Da hingen 3 Stangen mit mindestens 200 roten Mänteln, aber kein anderer. Da hat die Abgeordnete * aus unserer Gruppe natürlich fürchterlich Terror gemacht, aber was änderte es denn. Wenn der Betrieb eben nur rote Ballen vorrätig hatte, da hat er wahrscheinlich nur rote Mäntel genäht. [Nachfrage: Haben die Arbeitsgruppen ihre gewonnenen Erfahrungen vor Ort ausgewertet oder Berichte geschrieben? Hatten Sie den Eindruck, daß diese Berichte hätten dazu beitragen können, bestimmte Dinge auch zu verändern?]

Wir haben auch Riesenberichte geschrieben, nur, wie heißt das so schön, »Faß' einem nackten Mann in die Tasche.« (...) Ich hab meine Rolle meistens so verstanden, daß wir Prellbock waren zwischen da und dort.«¹²³

5. Fazit

Die Interviewauszüge ehemaliger Abgeordneter und Mitarbeiter der DDR-Volkskammer behandeln die innere Funktionsweise der obersten DDR-Volksvertretung unter besonderer Berücksichtigung der operativen Arbeit ihrer Ausschüsse. Dabei wird schnell evident, daß die ausgewählten Interviewpassagen

¹²² Interview Nr. 46, Fraktionszugehörigkeit: SED/FDJ.

¹²³ Interview Nr. 12, Fraktionszugehörigkeit: CDU.

auf die eingangs gestellten Fragen nach Rolle und tatsächlicher Praxis der Arbeitsgruppeneinsätze viel mehr als nur vage Erinnerungen oder nostalgische Reminiszenzen preisgeben. Ihren Äußerungen sind nicht zuletzt vielerlei Hinweise auf den so wichtigen informellen Bereich der Volkskammertätigkeit zu entnehmen. Gerade (auch) schwer zugängliche Details des sozialistischen Parlamentarismus können am Fall der DDR mit Hilfe von einschlägigen Befunden recht gegenstandsnah ausgeleuchtet werden.

Aus den Interviewauszügen geht hervor, wie Parlament und Gesellschaft durch die Arbeitsgruppen der Ausschüsse vernetzt wurden. Hier hat sich, wie auch die Äußerungen zeigen, ein wesentlicher Inhalt der Abgeordnetentätigkeit in der DDR entfaltet. Denn die vermutlich wichtigste Aufgabe und Funktion der sozialistischen Abgeordneten war wohl wirklich, eine Brücke - des Vertrauens - zwischen den Bürgern auf der einen und staatlichen Institutionen auf der anderen Seite zu schlagen. Bei ihren Arbeitsgruppeneinsätzen schlugen Rückkopplungen von den kommunalen Gremien, den Betrieben und Einrichtungen sowie den Bürgern besonders durch, da Fragen des alltäglichen Lebens direkt betroffen waren. Oft ging es um - lokal eingrenzbare - Alltagsprobleme, die unterhalb der kritischen politischen Masse¹²⁴ blieben. Aufgrund der wiedergegebenen Erfahrungen verfestigt sich der Eindruck, wonach Arbeitsgruppen bevorzugt auch dort tätig geworden sind, wo (agitatorische) Überzeugungsarbeit gerade besonders notwendig schien.¹²⁴ Im Detail erfüllten die Parlamentarier dabei viele Aufgaben, die auch westliche Abgeordnete zu erledigen haben.

Es kann wohl als unstrittig gelten, daß die alte' Volkskammer die ihr in Artikel 48 Abs. 1 Satz 1 der geschriebenen Verfassung zugeordnete Rolle in der gelebten Verfassungswirklichkeit der DDR zu keiner Zeit auch nur näherungsweise wahrzunehmen vermochte. Das änderte sich erst mit den grundstürzenden politischen Umwälzungen des Herbstes 1989, dann allerdings schlagartig und in einem atemberaubenden Tempo. Und obwohl die Volkskammer praktisch nicht das „oberste Machtorgan des Staates“, sondern eher eine politische Institution im Schatten der eigentlichen Macht verkörperte, wäre es dennoch verfehlt, ihr für den Zeitraum vor 1989 jedwede praktisch-politische Bedeutung grundsätzlich abzusprechen oder die Aktivitäten und Leistungen ihrer Mitglieder darüber zu vernachlässigen. Vielmehr dürfte einzelnen Bereichen ihrer Arbeit zumal mit Blick auf das sensible Gefüge innerer Balance der DDR sicherlich einige Bedeutung zuzumessen sein.¹²⁵ Dazu kann beispielsweise das

¹²⁴ Vgl. hierzu Feddersen 1965: S. 210. Für ihn liegt die „bedeutungsvollste Aufgabe der Volkskammer [in der] Wahrnehmung der kulturell-erzieherischen Funktion' des sozialistischen Staates, weil sie hier am effektivsten zur Verwirklichung der Diktatur des Proletariats beiträgt: sie hat ihre Gesetze und Beschlüsse durch die Arbeit der Abgeordneten unter das Volk zu tragen!“, ebd., S. 160.

¹²⁵ Vgl. hierzu Schirmer 1999.

parlamentarische Eingabenwesen gerechnet werden, welches unter den Mechanismen innerer Stabilisierung und Pazifizierung einen nicht unwichtigen Platz einnimmt.¹²⁶ Nach allem was von den ehemaligen Abgeordneten zur Arbeitsgruppenproblematik vorgetragen wurde, scheint dies tendenziell auch für den Bereich der operativen Arbeit der Volkskammer zu gelten. In der retrospektiven Sichtweise der Interviewten zählten die Arbeitsgruppen und deren Einsätze jedenfalls zu den produktivsten und effektivsten Feldern der Abgeordnetentätigkeit überhaupt. Und so liefern denn auch die Interviews mehr als ein Indiz dafür, daß die Wirksamkeit der Arbeitsgruppen tatsächlich eben nicht immer nur eine „eng begrenzte“ geblieben ist. Dem wird weiter nachzugehen sein.¹²⁷

Literatur:

- AUTORENKOLLEKTIV (Hans-Werner Alms / Heinz Bartsch / Karl-Heinz Brandt u.a.), 1984: Handbuch für den Abgeordneten (hrsgg. von der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR, Potsdam-Babelsberg). Berlin (Ost): Staatsverlag der DDR.
- ELSNER, Steffen H., 1999a: Zur praktischen Bedeutung von Eingaben in der DDR, S. 48-68 in: Reinhard Bockhofer (Hg.): Mit Petitionen Politik verändern. Mit einem Geleitwort von Wolfgang Thierse. Baden-Baden: Nomos.
- ELSNER, Steffen H., 1999b: Das Petitionswesen als Teil der Symbolvorräte zeitgenössischer Repräsentationsinstitutionen -- unter besonderer Berücksichtigung der DDR-Volkskammer, in: Werner J. Patzelt (Hg.), Selbstsymbolisierung von Parlamenten (Arbeitstitel), erscheint voraussichtlich im Westdeutschen Verlag (in Vorbereitung).
- FEDDERSEN, Dieter, 1965: Die Rolle der Volksvertretungen in der DDR. Hamburg: Hansischer Gildenverlag.
- FLEGEL, Manfred (Vorsitzender des Ausschusses für Haushalt und Finanzen), 1964: Auf das Notwendige konzentrieren (unter der Überschrift: „13. Sitzung des Staatsrates. Erfahrungen aus der Tätigkeit der Ausschüsse der Volkskammer“). in: Sozialistische Demokratie, B. Jg. (1964), Nr. 46, S. 4.
- HERLES, Helmut (Hg.), 1990: Parlaments-Szenen einer deutschen Revolution. Bundestag und Volkskammer im November 1989. Bonn: Bouvier.

¹²⁶ Vgl. hierzu Elsner 1999a und 1999b.

¹²⁷ Für eine umfassende Behandlung des Themas kann dabei auf die Analyse einschlägiger Archivalien nicht verzichtet werden. Insofern wird in noch zu unternehmenden systematischen Untersuchungen der umfangreichen archivalischen Überlieferungen zu klären bzw. zu prüfen sein, wie weit und wie richtig die hier zusammengetragenen Darstellungen der Repräsentanten von damals' diese Facette der Volkskammertätigkeit beleuchten und spiegeln.

HERZOG, Dietrich / REBENSTORF, Hilke / WESSELS, Bernhard (Hg.),
1993: Parlament und Gesellschaft. Eine Funktionsanalyse der repräsentativen
Demokratie. Opladen: Westdeutscher Verlag.

- HEUER, Uwe-Jens / RIEGE, Gerhard, 1992: Der Rechtsstaat - eine Legende? Erfahrungen zweier Rechtswissenschaftler 1990/91 in Volkskammer und Bundestag. Baden-Baden: Nomos.
- JESSE, Eckhard, 1989: Die Volkskammer in der DDR: Befugnisse und Verfahren nach Verfassung und politischer Praxis, S. 1821-1844 in: Hans-Peter Schneider, / Wolfgang Zeh (Hg.), Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin / New York: de Gruyter.
- KELLE, Herbert / RIEMANN, Tord, 1989: Die Volkskammer - wie sie arbeitet. Berlin (Ost): Staatsverlag der DDR.
- KIRCHNER, Rudi (Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit- und Sozialpolitik), 1964: Alle Fragen mit den Werktätigen beraten (unter der Überschrift: „13. Sitzung des Staatsrates. Erfahrungen aus der Tätigkeit der Ausschüsse der Volkskammer“), in: Sozialistische Demokratie, B. Jg. (1964), Nr. 46, S. 4. KLÖHN, C., 1981: Die Einbeziehung der Werktätigen in die gesetzgebende Tätigkeit der Volkskammer. Diss. A, Berlin.
- LAMMICH, Siegfried, 1977: Grundzüge des sozialistischen Parlamentarismus. Baden-Baden: Nomos.
- LAPP, Peter Joachim, 1990: Anspruch und Alltag der Volkskammer vor dem Umbruch 1989/90, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 21. Jg. (1990), Nr. 1, S. 115- 125.
- LAPP, Peter Joachim, 1972: Der Staatsrat im politischen System der DDR (1960-1971). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- LAPP, Peter Joachim, 1975: Die Volkskammer der DDR. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- LEGLER, Willi, 1964: Mit dem Ausschuß Industrie, Bauwesen und Verkehr im Erdölverarbeitungswerk Schwedt und Lehren dieser Tätigkeit (Rubrik: „Aus der Arbeit der Ausschüsse der Volkskammer der DDR“), in: Sozialistische Demokratie, B. Jg. (1964), Nr. 28, S. 7.
- LINDNER, Gerhard [Vorsitzender des Ausschusses für Eingaben der Bürger], 1967: ...daß kein kluger Hinweis verlorengelht (Rubrik: „Ausschüsse der Volkskammer berichten aus ihrer Arbeit“), in: Sozialistische Demokratie, 11. Jg. (1967), Nr. 22, S. 12.
- MAMPEL, Siegfried, 1982: Die sozialistische Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik. Kommentar. Frankfurt a.M.: Metzner.
- MITTAG, Günter (Vorsitzender des Ausschusses für Industrie, Bauwesen und Verkehr), 1964: Sachkundige Empfehlungen erarbeitet (unter der Überschrift: „13. Sitzung des Staatsrates. Erfahrungen aus der Tätigkeit der Ausschüsse der Volkskammer“), in: Sozialistische Demokratie, B. Jg. (1964), Nr. 46, S. 4.
- MÜLLER-ENBERGS, Helmut, 1991: Welchen Charakter hatte die Volkskammer nach den Wahlen am 18. März 1990?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 22. Jg. (1991), Nr. 3, S. 450-467.

- NEUGEBAUER, Gero, 1974: Die Volkskammer der DDR, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 5. Jg., Nr. 3, S. 386-411.
- NEUGEBAUER, Gero, 1985: Artikel „Volkskammer“, S. 1441-1487 in: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hg.), DDR Handbuch, Bd. 2: M-Z. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik.
- NIETHAMMER, Lutz, 1980: Lebenserfahrung und kollektives Gedächtnis. Die Praxis der „Oral History“. Frankfurt a.M.: Syndikat.
- o.V., 1971a: Entwicklung der ambulanten medizinischen Betreuung vorrangig (Rubrik: „Aus der Arbeit der Volkskammerausschüsse“: Ausschuß für Gesundheitswesen), in: Sozialistische Demokratie, 15. Jg. (1971), Nr. 44, S. 2.
- o.V., 1971b: Lösung der Versorgungsaufgaben mit den Bürgern (Rubrik: „Aus der Arbeit der Volkskammerausschüsse“: Ausschuß für Handel und Versorgung), in: Sozialistische Demokratie, 15. Jg. (1971), Nr. 44, S. 2.
- OBERREUTER, Heinrich, 1980: Sozialistischer Parlamentarismus? Idee, Norm und Realität sozialistischer Vertretungskörperschaften in vergleichender Sicht, S. 213-250 in: Jürgen Weber (Red.), Konflikt und Integration 111. DDR -- Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zu einer vergleichenden Analyse ihrer politischen Systeme. München: Olzog.
- PATZELT, Werner J., 1997: Projektbeschreibung des »Peilprojekts K Instrumentelle und symbolische Funktionen von Repräsentationsinstitutionen«, S. 127-138 in: Gert Melville i Dezernat Forschungsförderung und Öffentlichkeitsarbeit der TU Dresden (Hg.), SFB 537 „Institutionalität und Geschichtlichkeit“. Ein neuer Sonderforschungsbereich stellt sich vor. Eine Informationsbroschüre im Auftrag des SFB 537 in Verbindung mit dem Dezernat Forschungsförderung und Öffentlichkeitsarbeit der TU Dresden, hrsgg. vom Sprecher (Gert Melville). Dresden: Universitätsverlag.
- PERKS, Robert, 1990: Oral History. An Annotated Bibliography. London: British Library.
- PLENIKOWSKI, Anton (Vorsitzender des Verfassungs- und Rechtsausschusses), 1964: Eng mit dem Leben verbinden (unter der Überschrift: „13. Sitzung des Staatsrates. Erfahrungen aus der Tätigkeit der Ausschüsse der Volkskammer“), in: Sozialistische Demokratie, B. Jg. (1964), Nr. 46, S. 4.
- POLSBY, Nelson W., 1975: Legislatures, S. 257--319 in: Fred J. Greenstein, ders. (Hg.), Handbook of Political Science, Bd. 5: Governmental Institutions and Processes. Reading/Mass.: Addison-Wesley Publ.
- POPPE, Eberhard, 1959: Der sozialistische Abgeordnete und sein Arbeitsstil. Berlin (Ost): VEB Deutscher Zentralverlag.
- RICHERT, Ernst, 1963: Macht ohne Mandat. Der Staatsapparat in der Sowjetischen Besatzungszone. Köln u.a.: Westdeutscher Verlag.
- RITTER, Traudel / HERING, H., 1966: Sprechstunden richtig nutzen, in: Sozialistische Demokratie, 10. Jg. (1966), Nr. 30, S. 5.
- ROGGEMANN, Herwig, 1974: Vertretungskörperschaften im Sozialismus, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 5. Jg., Nr. 3, S. 339-385.

- SCHINDLER, Peter, 1994: Anhang Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, S. 1437-1616 in: Verwaltung des Deutschen Bundestages, Abteilung Wissenschaftliche Dienste, Referat Parlamentsgeschichtliche Dokumentation (Hg.), Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1983 bis 1991. Baden-Baden: Nomos.
- SCHIRMER, Roland, 1999: Die Rolle der Volkskammer im politischen System der DDR. Arbeitspapier zu den instrumentellen Funktionen der Volkskammer (22 Seiten). TU Dresden.
- SCHNEIDER, Eberhard, 1975: Die Volksvertretungen in der DDR, in: Zeitschrift für Politik, 22. Jg., Nr. 2, S. 183-201.
- SEGERT, Dieter, 1991: Die Volkskammer 1990 - Quellen ihrer politischen Kultur (Beiträge zur Politikwissenschaft und Verwaltungswissenschaft). Münster: Institut für Politikwissenschaft der westfälischen Wilhelms-Universität Münster.
- SEGERT, Dieter, 1992: Zwei unterschiedliche Konzepte von Politik in der Volkskammer des Jahres 1990, S. 424-431 in: Hansgünter Meyer (Hg.), Soziologie in Deutschland und die Transformation großer gesellschaftlicher Systeme. Soziologen-Tag Leipzig 1991. Berlin: Akademie-Verlag.
- SEMLER, H.-J., 1970: Die Erhöhung der gesellschaftlichen Wirksamkeit der Volkskammer als oberstes Staatsorgan und des Staatsrates im Gesamtsystem der staatlichen Führung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus. Diss A., Berlin.
- THAYSEN, Uwe / KLOTH, Hans Michael (Hg.), 1992: Wandel durch Repräsentation - Repräsentation durch Wandel. Entstehung und Ausformung der parlamentarischen Demokratien in Ungarn, Polen, der Tschechoslowakei und der ehemaligen DDR. Baden-Baden: Nomos.
- THOMPSON, Paul, 1988 2: The Voice of the Past: Oral History. Oxford: Oxford Univ. Press.
- THUAN, Nguyen van, 1990: Die Ausschüsse der Volkskammer der DDR. Diss. A, Berlin: Humboldt-Universität.
- UNGER, Oswald (Hg.), 1988: Wahlsystem und Volksvertretungen in der DDR. Berlin (Ost): Staatsverlag der DDR.
- ZAGRODNIK, Stephan (Vorsitzender des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft), 1964: Sozialistische Demokratie entwickeln (unter der Überschrift: „13. Sitzung des Staatsrates. Erfahrungen aus der Tätigkeit der Ausschüsse der Volkskammer“), in: Sozialistische Demokratie, B. Jg. (1964), Nr. 46, S.4.